Bildungsprogramm 2012

Wenige Vorträge und viele Gespräche

In diesem Jahr hat die Bundesvereinigung ein erweitertes Bildungsprogramm vorgelegt. Die grundsätzliche Herangehensweise bei den Seminaren besteht darin, die Teilnehmer durch in der modernen Bildungsarbeit bewährte Methoden zu aktivieren. Belehrende Vorträge sind auf ein Minimum reduziert, Partner- und Kleingruppenarbeit sowie Gruppendiskussionen stehen im Vordergrund. Die Teilnehmer können sich an verschiedenen Visualisierungen ausprobieren.

Bereits bewährt hat sich das Wochenendseminar für Einsteigerinnen und Einsteiger. Inhaltlich beschäftigen wir uns damit, warum die Teilnehmer überhaupt in der VVN-BdA sind oder sich vorstellen können, dort Mitglied zu werden. Der Schwur von Buchenwald wird intensiv diskutiert sowie die Geschichte der VVN mit ihren Wechselwirkungen in Politik und Gesellschaft. Verschiedene



inhaltliche Probleme werden unter dem Gesichtspunkt bearbeitet, was diese denn mit uns zu tun haben. Der Organisationsaufbau und das idealtypische VVN-Jahr werden erarbeitet.

Aus all dem ergeben sich viele Fragen und Beiträge, die um das Selbstverständnis unserer Organisation kreisen, wie etwa Bündnispolitik, Pluralität und Geschichtsbild.

Insgesamt ergibt das einen kurzweiligen Ablauf, in den alle ihre Fragen einbringen können, ohne dass es beliebig wird.

Es ist auch sinnvoll, dass Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus verschiedenen Kreisen und Bundesländern kommen, weil die Unterschiede die Diskussionen bereichern.

Die Fortbildung »Führungen durch die Ausstellung« ist hingegen eine Nachmittagsveranstaltung. Es geht darum, Mitgliedern und Freunden, die Gruppen im Zuge von Ausstellungspräsentationen geleiten wollen, methodisches Rüstzeug zu geben. Der Referent kommt nach Absprache an den Veranstaltungsort.

Für 2012 sind zwei neue Seminararten geplant, nämlich zu »Geschichte des antifaschistischen Widerstandes« und »Neofaschismus in Deutschland«.

Alle Veranstaltungen richten sich an Mitglieder und Freunde der VVN-BdA aus ganz Deutschland.

Nicht zu vergessen ist die Gedenkstättenfahrt nach Polen für die auch noch Plätze frei sind.

»Neofaschismus in Deutschland«,
8.-10. Juni,
Buchholz/Nordheide

Gedenkstättenreise nach
Lublin/Majdanek/Belzec,
8.-14. Juli

»Antifaschistischer Widerstand in Europa«,
3.-5. August,
Buchholz/Nordheide

Einstiegsseminar,
7.-9. Dezember,
Buchholz/Nordheide

Einstiegsseminar in Baden-Württemberg, voraussichtlich im Dezember

Weitere Informationen, Flyer und Anmeldungen im Bundesbüro:

bundesbuero@vvn-bda.de,
Tel. 030-29784174

T. W.

Facebook & Co

Die VVN-BdA und die neuen Medien

Seit Mitte Februar ist das Bundesbüro der VVN-BdA bei Facebook aktiv. Auch die anderen neuen Medien, wie YouTube, sollen verstärkt genutzt werden, besonders um antifaschistische Nutzer dieser Netzwerke besser zu erreichen.



Facebook ist weltweit das meist genutzte soziale Netzwerk, in dem sich Personen mit Freunden, Bekannten, Unternehmen und auch Organisationen, wie die VVN-BdA verbinden können und Nachrichten und Informationen austauschen können. Gerade von der jüngeren Generation wird Facebook stark genutzt, um sich zu vernetzen und um an Informationen zu gelangen. Über Facebook und die mögliche weite Streuung von Informationen darüber, können Personen erreicht werden, die nicht in direkter Verbindung mit der VVN-BdA stehen, aber trotzdem ein Interesse an antifaschistischer Arbeit haben. Nutzer der neuen Medien können sich ohne Verpflichtungen und Kontaktangst informieren und dann eventuell später als Mitglieder geworben werden. Das Bundesbüro folgt damit den Kreisvereinigungen Augsburg, Gelsenkirchen und Tübingen-Mössingen, welche schon seit längerer Zeit eigene Facebook-Seiten pflegen.

Bisher haben sich um die 170 Personen mit der Facebook-Seite des Bundesbüros verbunden und erhalten dadurch Informationen zum Beispiel über die Termine unserer »Neofaschismus in Deutschland«-Ausstellung, Fotostrecken von Aktionen und Artikel der »antifa« Die Möglichkeiten einer Facebook-Präsenz zeigt die Seite der »NPD- Verbot Jetzt!«-Kampagne. Diese ist bereits mit über 12.000 Personen verbunden, welche die aktuellen Ereignisse rund um die Kampagne dort verfolgen können. Die Kampagnen-Seite wird aber nicht vom Bundesbüro, sondern von einer engagierten Kameradin betreut, welche diese aus Eigeninitiative gründete und betreut. Seit kurzem gibt es auch ein YouTube-Video von der VVN-BdA, in dem Argumente für ein NPD-Verbot unterbreitet werden und zum Unterschreiben des »NPD-Verbot Jetzt!«-Aufrufs aufgefordert wird.

Nils Willscheid

https://www.facebook.com/VVNBdA

https://www.facebook.com/npdverbotjetzt

http://www.youtube.com/watch?v=cfV8sP1OU_s

Internationale Fachtagung der WRI

Gegen die Militarisierung der Jugend

Gemeinsam mit deutschen Partnerorganisationen organisiert die War Resisters' International in Darmstadt vom 8. bis 10. Juni 2012 eine internationale Fachtagung Gegen dieMilitarisierung der Jugend, die auch von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) unterstützt wird. Bei der Konferenz geht es um die Auseinandersetzung mit:

- Der Rekrutierung durch das Militär,
- Der Militarisierung insbesondere von Jugendlichen und
- mit der Schaffung eines Kultur- und eines Wertesystems, das der Rekrutierung förderlich ist.

Zur Vorbereitung der Konferenz führt die WRI derzeit eine Umfrage durch.

Diese Umfrage ist kein Test, und es geht auch nicht unbedingt um statistisch exakte Daten. Es geht bei der Umfrage mehr um Eindrücke, Anekdoten, und Erfahrungen zu den relevanten Themen.

Wir bitten um Beteiligung an der Umfrage unter

http://wri-irg.org/de/programme/militarisierungderjugend/umfrage.

Die Fachtagung wird mit einem Schwerpunkt auf die Analyse der verschiedenen Formen der Militarisierung von Jugendlichen beginnen, und Themen aufgreifen wie z.B. Militär und öffentlicher Raum, Militainment, Militär und Bildung, Queer/Gender und Militarismus, und Rekrutierung von ImmigrantInnen und Jugendlichen mit geringem Einkommen.

Im zweiten Teil der Fachtagung verschiebt sich der Schwerpunkt auf einen Austausch zu Erfahrungen des Widerstandes, einschließlich queerer Widerstand, Widerstand im Bildungswesen, die Rolle von Kriegsveteran/innen, direkte Aktionen gegen die Militarisierung der Jugend sowie Kinderrechte.

Ein vorläufiges Programm findet sich unter

http://wri-irg.org/de/node/14848.

Ziel der Fachtagung ist es, ein regionales und internationales Netzwerk kooperierender antimilitaristischer Organisationen zu schaffen.

Mit der Konferenz geht es uns darum, die Arbeit gegen die Militarisierung der Jugend in Europa (und darüber hinaus) zu stärken, indem die Möglichkeit geschaffen wird, Erfahrungen aus der Arbeit auszutauschen und die Vernetzung und den Austausch regional und international zu stärken.

Mehr Informationen unter: http://wri-irg.org/de/militarisierung-derjugend

Anmeldung zur Fachtagung unter http://wri-irg.org/de/shop/militarisierungderjugend

Andreas Speck at War Resisters' International, Conscientious Objection Campaigning Worker,

5 Caledonian Road
London N1 9DX - Britain
tel +44-20-7278 4040
fax +44-20-7278 0444

email:
andreas@wri-irg.org
Internet
http://wri-irg.org



Neofa-Ausstellung

Aktuelle Termine und Bestellung

Die aktuellen Termine und Veranstaltungsorte der Ausstellung »Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland« wie immer unter:

http://neofa-ausstellung.vvnb-da.de/termine/



Dort findet sich auch die Adresse, unter der die Ausstellung ausgeliehen werden kann.

20 Jahre nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen

Aufruf zur Demonstration und zum Antirassistischen World-Cafè

Vor 20 Jahren flackerten Bilder aus Deutschland um die Welt, die man für Vergangenheit hielt: Brennende Häuser, fliehende Menschen, ein gewalttätiger Mob, angeleitet von neofaschistischen Strippenziehern, Beifall klatschendes Publikum, verantwortungslose Verantwortliche.

Eine Allianz aus staatlicher Ausländerfeindlichkeit, Medienhetze und Alltagsrassismus ließ zu, dass vietnamesische Vertragsarbeiter und Flüchtlinge, unter ihnen viele Roma, um ihr Leben fürchten mussten. Das brennende Sonnenblumenhaus wurde zu einem erschreckenden Symbol des wiedervereinigten Deutschland.

Nur Wochen nach dem Pogrom wurde in einem breiten Konsens im Bundestag das Grundrecht auf Asyl abgeschafft. Weder die NPD noch ihr Ableger »Hamburger Liste Ausländerstop« wurden verboten, obwohl sie unmittelbar vor Beginn der Pogrome ihre Hetze nach Rostock getragen hatten.

Neofaschistische Organisationen und Gruppen werden bis heute nicht entschieden bekämpft. Gleichzeitig werden antifaschistische Initiativen behindert und als »extremistisch« diffamiert.

Heute hat das auf Menschen angewendete Nützlichkeitsdenken den politischen Diskurs weiter vergiftet. Ausgrenzung und Stigmatisierung von Migranten und Flüchtlingen sind weiterhin tief in der Mitte der Gesellschaft verankert. Die »Festung Europa« und das Abschiebelagerlager Horst in Mecklenburg-Vorpommern stehen dafür.

Grenzenlose Solidarität!

Dagegen setzen wir damals wie heute Solidarität mit den Opfern institutionellen und alltäglichen Rassismus. Wir demonstrieren für das Menschenrecht auf Asyl, für Teilhabe aller Menschen am Wohlstand, für die sozialen und demokratischen Rechte Aller hier und überall.

Wir fordern:

- **Schluss mit Abschiebungen, Residenzpflicht und Arbeitsverbot!**
- **Stoppt die Verfolgung von Roma in Osteuropa und überall!**
- **Keine Toleranz für faschistische Ideologie und Gewalt!**
- **Dresden, Rostock, Dortmund, alle Städte nazifrei!**
- **Schluss mit der Kriminalisierung von Antifaschist/innen und Antirassist/innen!**
- **Gegen Rassismus – für grenzenlose Solidarität!**

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Unterstützer linksjugend solid: Bundesverband, Mecklenburg

Vorpommern, Rostock, Infoportal für antifaschistische

Kultur & Politik aus Mecklenburg-Vorpommern (INO)

Kommt zur Demonstration, zum Konzert, zum Treffen und zum Antirassistischen World-Café »Rostock 2012«, 24. bis 26. August, Rostock, Peter-Weiss-Haus

www.lichtenhagen.blogspot.de

Vogtländisches Geschichtsforum zum deutschen Entscheidungsjahr 1932

Spektakuläre Aktion »Wählt Thälmann«

Unter dem Thema »War die Republik noch zu retten? Ist die Republik noch zu retten?« fand am 17. März 2012 im vogtländischen Mylau ein gemeinsames Geschichtsforum des Kreisverbandes Vogtland der VVN-BdA und des Geschichtsvereins »Freundeskreis Max Hoelz e.V.« Falkenstein statt. Anlass war der 80. Jahrestag der Reichspräsidentenwahl von 1932, zu der acht Mylauer Antifaschisten an der weltberühmten Göltzschtalbrücke in schwindelnder Höhe die mannshohe Inschrift »Wählt Thälmann« anbrachten.

Ernst Thälmann war bei dieser Wahl der einzige linke Kandidat, er erhielt selbstverständlich vom bürgerlichen Lager keine Unterstützung, leider auch nicht von der SPD, die auf Hindenburg setzte.

Eine Wanderausstellung zum Thema »Max Hoelz - Rebell, Revolutionä«, die vom »Freundeskreis Max Hoelz« erstellt wurde, konnte besichtigt werden. Diese Ausstellung wird kostenlos interessierten Gruppen



Die Stele, die von der VVN-BdA Vogtland an Stelle einer „verschwundenen" Gedenktafel 2009 aufgestellt wurde

und Vereinigungen ausgeliehen. Auf den Tischen lag für jeden Teilnehmer eine Kopie des historischen Fotos von der Göltzschtalbrücke mit der Inschrift zur Erinnerung aus.

Prominenter Referent war der Historiker Prof. Manfred Weißbecker aus Jena, der in seinen Ausführungen die entscheidenden Vorgänge von 1931/32 skizzierte, die zum Untergang der Weimarer Republik



Das historische Foto von 1932, das Negativ wurde von Antifaschisten über die Nazi-Zeit gerettet

führten. Weißbecker, selbst Mitglied der VVN-BdA, ist ein anerkannter Experte für Faschismusforschung. Seine geschichtspolitischen Überlegungen widmete er dem deutschen Entscheidungsjahr bis zur Reichspräsidentenwahl 1932. Im Vorfeld dieser Wahlen geschahen zunehmend rechte Gewalttaten, die jedoch von Staat und Justiz kaum konsequent geahndet wurden. Anschaulich schilderte Weißbecker den Schwenk der herrschenden Kreise, die zunächst die »Nationalsozialisten« als Kulturschande ansahen, bis sie in dieser faschistischen Bewegung ihre Juniorpartner erkannten. Die schwierige Situation (Weltwirtschaftskrise) führte zum Streben nach undemokratischen, autoritären Herrschaftsformen. Das gemeinsame Ziel der Großindustrie, Großagrarier und Reichswehrführung - eine Revision der Ergebnisse des Weltkrieges (Versailles) und der Novemberrevolution - konnte mit den zehn Jahre benutzten Mitteln der bürgerlichen Demokratie nicht erreicht werden.

Weimar ging zugrunde, so resümierte Weißbecker, weil die Nazigegner uneins waren, sie die faschistische Gefahr weit unterschätzten und gemeinsame demokratische Ziele, welche bei allen politischen Kräften Kompromisse voraussetzten, fehlten.

»Was ihr den Geist der Zeiten heißt, das ist im Grund der Herren eigner Geist«, zitierte Prof. Weißbecker Goethe und setzte sich mit den boomenden Beiträgen zur Geschichte in allen öffentlichen Medien auseinander. Dabei wird selektiert, überhöht und verschwiegen, so dass am Ende die geschichtliche Wahrheit auf der Strecke bleibt. Nicht nur die DDR, sondern alle antikapitalistischen, alternativen Bestrebungen werden delegitimiert. Entscheidungen für heute und die Zukunft zu treffen verlangt das Erinnern an Faschismus und Krieg, aber auch an eigenes Versagen, verlangt die Offenlegung von Ursachen und Zusammenhänge gesellschaftlicher Vorgänge und Entwicklungen.

Nach einer angeregten Diskussion ergriff Andreas Dick, Enkel eines der Kommunisten, welche die Losung an die Brücke schrieben, das Wort und zeigte zahlreiche Dokumente aus seiner Familiengeschichte auf. Eindrucksvoll schilderte er das ganz normale Leben der organisierten Arbeiter zu Beginn der dreißiger Jahre. »Die familiäre Tradition ist unsere Verantwortung. Die Aufarbeitung der Geschichte muss auch ihre Vermittlung beinhalten. Nur so ist sie wirksam.«

Danach informierte René Weber von der Kontaktstelle »MOVE« (Menschen Ohne Vorurteile Erreichen) Plauen über die rechtsextremen Szene im Vogtland. Das Forum klang aus mit der Aufforderung, die Kampagne der VVN-BdA »NPD-Verbot: Jetzt aber richtig!« zu unterstützen und sich aktiv an den Protesten gegen einen Naziaufmarsch in Plauen zu beteiligen.

Peter Giersich / Steffi Pölzl-Magirius

V. i. S. d. P.: Peter Giersich
Redaktion: Landesvorstand Sachsen
Zuschriften bitte an
VVN-BdA Sachsen, Wettiner Platz 10
01067 Dresden
E-mail: vvn-bda-sachsen@t-online.de

3. Sachsenburger Dialog

Einladung
2.- 3. Juni 2012
3. Sachsenburger Dialog - »Das Kreuz gegen das Hakenkreuz«



Christliche Kirche im Spannungsfeld Anpassen – Mittun ? Widerstehen!
Am Beispiel des KZ Sachsenburg.
Ein Beitrag zur Geschichte unserer Heimat.

Am Samstag, den 2. Juni 2012 um 10.30 Uhr im Gasthaus Stenzel
In Frankenberg - Altenhainer Straße 36

Vorträge und Diskussion u.a. mit:
Susanne Willems: Wer war Lothar Kreyssig? - „Zivilcourage begann in der Auseinandersetzung mit dem Lager Sachsenburg".
Professor Heinrich Fink: Wie stand es um die christlichen Kirchen im 3. Reich?
Sowie Karl Stenzel ehemaliger Häftling des KZ Sachsenburg.

Am Sonntag, den 3. Juni 2012 ab 13.00 Uhr in Sachsenburg
Rundgang durch das ehemalige Lager Kranzniederlegung im Steinbruch und am Mahnmal – gegen 15.00Uhr

Veranstalter: Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenburg e.V.
Weitere Informationen: www.vvn-bda-chemnitz.de

Lagergemeinschaft Sachsenburg · Rosenplatz 4 · 09126 Chemnitz

Zur aktuellen Auseinandersetzung um die Potsdamer Gedenkstätte

Streit um die Lindenstraße 54/55

Seit 1995 trägt die „Gedenkstätte Lindenstraße 54/55 für die Opfer politischer Gewalt im 20. Jahrhundert“ ganz antitotalitär die Gleichsetzung von Nationalsozialismus und autoritärer Herrschaft in der SBZ/DDR im Namen. Im öffentlichen Bewusstsein ist sie seither nur als „Stasigedenkstätte“ präsent.



»Haus des Terrors«, Gedenkstätte Lindenstraße

Ignoriert wurde, dass es sich hier um einen wichtigen Ort der NS-Justizgeschichte handelt, als Tagungsstätte des Erbgesundheitsgerichtes und Untersuchungsgefängnis des Volksgerichtshofes. (Nicht wie oft geschrieben wird des „Potsdamer Volksgerichtshofes“, als ob jede Stadt mittlerer Größe im Reich einen solchen besessen hätte, sondern des Volksgerichtshofes.)

So dämmerte die Gedenkstätte jahrelang am Rande der öffentlichen Aufmerksamkeit dahin. Den Anstoß für die aktuellen Auseinandersetzungen um die Lindenstraße 54/55 gab die Entscheidung der rot-roten Landesregierung vom Oktober 2011, die Gedenkstätte mit jährlich 300.000 Euro zu fördern. Ergänzend beschloss die Stadt Potsdam eine Förderung in gleicher Höhe. Ohne vorherige Diskussion in der Stadtverordnetenversammlung und ohne Einbeziehung der NS-Opferverbände zog Potsdams Oberbürgermeister Jann Jakobs (SPD) die Zuständigkeit für die Lindenstraße an sich und ließ verkünden, dass künftig eine kommunale Stiftung als Träger der Gedenkstätte fungieren würde. Ergänzend zauberten Prof. Hans-Hermann Hertle vom Potsdamer Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF), Brandenburgs „Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur“ Ulrike Poppe und die bisherige Koordinatorin der Gedenkstätte, Gabriele Schnell, ein Konzept für die zukünftige Arbeit der Gedenkstätte aus dem Hut, auch dieses war ohne Einbeziehung der NS-Opfer oder mit der NS-Geschichte vertrauter Fachhistoriker zustande gekommen.

Erst auf Druck u.a. der Brandenburger VVN-BdA, der Bundesvereinigung der Opfer der NS-Militärjusitiz und des Bundes der ‚Euthanasie'-Geschädigten und Zwangssterilisierten sah sich Potsdams Stadtspitze gezwungen, so etwas wie eine öffentliche Diskussion um die Zukunft der Gedenkstätte zu simulieren. Doch wie üblich, wenn man in Potsdam Demokratie und Mitbeteiligung inszeniert, stehen die Ergebnisse schon vorher fest. Diese werden inhaltlich durch das Trio Hertle/Poppe/Schnell bestimmt.

Deren Interessen liegen auf der Hand. Schnell möchte gerne festangestellt werden, am liebsten als zukünftige Leiterin der Gedenkstätte. Poppe muss mit ihrer neugeschaffenen Behörde Ergebnisse liefern. Eine öffentlichkeitswirksame antitotalitäre Propagandastätte im Zentrum Potsdams kommt ihr da gerade zupass. Und auch das Engagement von Prof. Hertle dürfte nicht völlig frei von persönlichen Interessen sein. Er spielt als Stichwortgeber Schnells und als maßgeblicher Verfasser des Konzeptes eine zentrale Rolle in den aktuellen Auseinandersetzungen. Besondere Kompetenzen hinsichtlich der Justizgeschichte des Dritten Reiches hat er bisher nicht nachgewiesen. Gern bezeichnet er die Lindenstraße 54/55 als „Potsdamer Haus des Terrors“. Diese Formulierung spielt auf das berüchtigte „Haus des Terrors“ in Budapest an, eine antitotalitäre und nationalistische Propagandastätte ersten Ranges. Sie dürfte bewusst gewählt sein, hat Hertle doch 2002 einen Artikel eben über das Budapester „Haus des Terrors“ veröffentlicht. NS-Verfolgtenverbände und antifaschistische Organisationen bezeichnet er schon mal als „Splittergruppen“, denen kein Gehör zu schenken sei.

Dass die Mehrheit der Potsdamer Stadtverordneten diese Entwicklung mitträgt, verwundert nicht, ist der Antitotalitarismus doch Staatsdoktrin in der BRD. Schade jedoch ist, dass sich die Potsdamer Linkspartei dieser Doktrin beugt. Dass Sascha Krämer sich am 27. Januar bei der Potsdamer Presse über antitotalitäre Auslassungen Jakobs bei der Gedenkfeier im Hof der Lindenstraße beschwerte, geschah zu Recht. Allerdings nahm Krämer bewusst gerade an dieser Veranstaltung teil, obwohl gleichzeitig auf der Straße vor der Lindenstraße eine alternative Gedenkveranstaltung der VVN-BdA stattfand, mit der gegen die antitotalitäre Instrumentalisierung des Gedenkortes protestiert wurde.

Gegen die von der VVN-BdA vorgeschlagene Eingliederung der Lindenstraße in die Stiftung Brandenburgischer Gedenkstätten argumentieren Jakobs und Hertle gern mit Verweis auf die Auseinandersetzungen um die Gedenkstätte in der Leistikowstraße. Ein verräterischer Hinweis, sind die mittlerweile in einem gewaltsamen Angriff auf die dortige Gedenkstättenleiterin gipfelnden Auseinandersetzung doch darauf zurückzuführen, dass ein Teil der dort aktiven antitotalitären Organisationen eine wissenschaftliche Überprüfung ihrer Geschichtsbilder nicht dulden will.

In dieser Situation ist daran zu erinnern, dass 50 Prozent des künftigen Budgets der Gedenkstätte Landesmittel sind. Getreu dem Motto, wer die „Kapelle bezahlt, bestimmt was gespielt wird“ sehen wir hier ganz klar die Landesebene der Linkspartei in der Pflicht.

Marek Winter, VVN-BdA Potsdam

Die Initiative für ein Gedenken an die Opfer des NS-Terrors in der Lindenstraße 54/55

Ein Initiativkreis, dem u.a. die VVN-BdA Brandenburg angehört, hat sich zur Aufgabe gemacht, einen würdigen Gedenkort am authentischen Ort - nicht im Hof der Lindenstraße, sondern vor dem Eingang der heutigen Gedenkstätte - zu schaffen. Zur künstlerischen Gestaltung soll ein offener Wettbewerb ausgeschrieben werden. Dazu werden 20.000 Euro benötigt.

Bitte unterstützt dieses Anliegen! Spendenkonto:

GLS Bank // BLZ 430 609 67 // Konto 110 28 61 500 // Kennwort: Lindenstraße

Mehr Infos und aktuelle Artikel zur Auseinandersetzung um das Gedenken in der Lindenstraße 54/55 unter: www.brandenburg.vvn-bda.de.

Verantwortlich:
Vorstand Landesverband Brandenburg

Adresse:
Jägerstr. 36,
14467 Potsdam

Telefax:
0331 / 2805881

DGB-Kongress gegen Nazis und Rassisten

Dortmunder Rathaus im Zeichen des Widerstands gegen Rechts

Die abscheulichen Taten der Zwickauer Terrorzelle zeigen, dass Rassismus und Neonazismus weder unterschätzt noch verharmlost werden darf. Das gilt auch für Nordrhein-Westfalen: Laut NRW-Innenministerium haben rechtsgerichtete Gewalttaten im vergangenen Jahr um fast 23 Prozent zugenommen und damit einen traurigen Höchststand erreicht. Städte wie Dortmund oder Aachen sind zu Hochburgen der extremen Rechten in Deutschland geworden. Neben der bekennenden rechten Szene gibt es aber auch einen latenten Rassismus, der nicht weniger problematisch ist. Laut einer Studie der Uni Bielefeld stimmen 50 Prozent der Aussage »in Deutschland leben zu viele Ausländer« zu.

Der DGB NRW hat daher auf seinem Kongress im Dortmunder Rathaus »Für Freiheit, Vielfalt und Toleranz! Strategien gegen Nazis und Rassismus in NRW» 300 Menschen zusammengebracht, die sich gegen Rechts und Fremdenfeindlichkeit engagieren. Sie berieten, was zu tun ist gegen Rechtsterrorismus, Neonazis und gegen den Alltagsrassismus in Nordrhein-Westfalen.

Den einführenden Vortrag hatte Hans Leyendecker von der »Süddeutsche Zeitung« übernommen. Diese Zeitung hat zur Terrorzelle NSU besonders profunde Analysen vorgelegt und ist dabei zu dem Schluss gekommen: Wenn der Verfassungs- und Staatsschutz von den Neonazi-Morden wirklich nichts gehört und gesehen hat, dann ist er überflüssig. Und wenn er nichts hören und sehen wollte? Dann muss man nicht nur seine V-Leute abschalten, sondern den ganzen Verfassungsschutz auflösen. Leyendecker legte nun den Schwerpunkt auf die Kritik an der Justiz. Diese sei bestrebt, alle Fälle bei der eigenen Staatsanwaltschaft am Ort zu behalten und erweise sich dann als unfähig und unwillig mit den Verbrechen so umzugehen, wie es erforderlich wäre.

Kritik erntete NRW-Innenminister Ralf Jäger, der die Polizeieinsätze gegen linke Nazigegner rechtfertigte, weil es um die Meinungsfreiheit auch für Faschisten gehe. Diese wollen am 1. September wieder unter der Losung »Nie wieder Krieg« durch Dortmund marschieren, und sie fügen hinzu »nach unserem Sieg!«

Der NRW-Innenminister hat an alle Schulen Schriften gesendet, in denen die populäre Losung »Faschismus ist keine Meinung – Faschismus ist ein Verbrechen» als verbotswürdig dargestellt wird.

Jäger gesteht so den Nazis das Recht auf ihre Hasspropaganda zu, wurde in der Diskussion betont. Der Verfassungsschutz trage große Mitschuld an den Morden des faschistischen mörderischen NSU.

U. S

Prüfsteine gegen Krieg und für Demokratie zur Landtagswahl

VVN-BdA legt Ergebnisse der Prüfsteinaktion vor

Die nordrhein-westfälische VVN-BdA hat für die am 13. Mai stattfindende Landtagswahl in Wahlprüfsteine an die kandidierenden Parteien gesendet.

Inhaltlich und konkret haben darauf nur der Landesvorstand der Partei Die Linke und der Fraktionsvorstand der Linken im 15. Landtag geantwortet. Den kandidieren Parteien wurden für die Stimmabgabe folgende Fragen gestellt:

Wie stehen Sie

…zum Verbot der NPD

…zur Abschaltung aller V-Leute des Verfassungsschutzes;

…zur Auflösung aller Nachfolge- und Tarnorganisationen der NSDAP nach Art. 139 GG;

…zur faktischen Legalisierung neofaschistischer Propaganda durch das Bundesverfassungsgericht.

…zum Verbot aller neofaschistischen Aufmärsche;

…zur Durchsetzung des Art. 27 der Verfassung von NRW zur Vergesellschaftung von Großunternehmen, die ihre Macht missbrauchen;

…zur Beendigung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr;

…Sofortiger Stopp des Waffenexports nordrhein-westfälischer Rüstungsunternehmen

Bis Redaktionsschluss haben die Parteien SPD, Grüne und FDP nicht darauf reagiert, die SPD eine Antwort angekündigt. Die CDU sandte nur ihren Wahlaufruf, in dem allerdings die genannten Fragen keine Erwähnung finden.

Die Nichtbeantwortung der Wahlprüfsteine durch diese Parteien unterstreicht die Besorgnis der VVN-BdA, dass im zukünftigen Landtag von NRW die Bekämpfung von Neofaschismus, die Beendigung von Militäreinsätzen und Waffenexport wenig Unterstützung finden wird.

Ulrike Düwel, Falk Mikosch, Jochen Vogler





Mahnende Texte. Es spricht Werner Feaeskorn. ***Fotos: Jochen Vogler***

Solingen: Gedenken am Wenzelnberg

Alljährlich versammeln sich Vertreter und Bürger der Städte Remscheid, Solingen, Wuppertal, Langenfeld und Leverkusen in einer Schlucht am Langenfelder Wenzelnberg, um 71 von den Nazis ermordeter Menschen zu gedenken. Dieses Jahr oblag es den Remscheidern, die Erinnerung an die grausame Tat vom 13. April 1945, wenige Tage vor Kriegsende, den Lebenden in Erinnerung zu rufen. Die Rheinische Post berichtete u.a.: »Der in der jungen Bundesrepublik teilweise unkritische Umgang mit der Vergangenheit und das aktuell verstärkte Auftreten von Neonazis und Faschistenstanden im Mittelpunkt der Rede von Werner Faeskorn, dem Remscheider Kreisvorsitzenden der VVN-BDA. Die nach dem Krieg erhoffte harte Bestrafung der Nazis sei nicht erfolgt; die an Todesurteilen beteiligten Richter und Staatsanwälte seien, so Faeskorn, meist unbehelligt geblieben. Im Angesicht regelmäßiger Naziaufmärsche und der offenbar von Neo-Nazis erfolgten Mordserie forderte Faeskorn ein NPD-Verbot und kritisierte die von der Polizei ‚gegen die Bevölkerungsmehrheit' mit großem Aufwand geschützten Aufmärsche.«

Publizität für Rallye »Verbrechen der Wirtschaft«

Es bleibt vorerst bei der Thyssen-Ehrung in Mülheim

Eine Aktion im Rahmen der Spurensuche »Rallye Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933-1945« wurde in Beiträgen des Neuen Deutschlands und der WAZ-Gruppe DER WESTEN geschildert. Zu gesamten Kampagne erschien nun das Buch: »Von Arisierung bis Zwangsarbeit – Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933 – 1945«. (Papyrossa Verlag Köln, 367 Seiten, EUR 16,90.) Bitte beim Landesbüro der VVN-BdA bestellen.



In dem Buch werden die Aktionen zur Aufklärung über die Täter aus den ökonomischen NS-Eliten benannt, die bereits an 30 Tatorten stattfanden. Viele weitere Aktionen stehen bevor. Es geht dabei um die Umbenennung von belasteten Straßennamen und um die Schaffung von Warntafeln vor Tätern aus dem Kreis der ökonomischen NS-Eliten.

Eine weitere Initiative startete die VVN-BdA NRW unter dem Motto »Kinder des Widerstandes«, in der die Hinterbliebenen solcher Menschen wie Martha Hadinsky dafür sorgen wollen, dass ihre Eltern und Großeltern nicht länger diffamiert werden, wie es in jenen Bundestagssitzungen vom 8. Mai 2008 und 11. November 2011 geschah, in denen die Herren von Essen (FDP) und Günter Baumann (CDU) ihre Hetze gegen den Arbeiterwiderstand und gegen die Opfer des Kalten Krieges verbreiteten.

Im Beitrag von Hans Canjé im Neuen Deutschland vom 24. 4. 12 heißt es: »Die Antifaschistin Martha Hadinsky wurde von den Nazis eingekerkert, in der Bundesrepublik wurde sie als Kommunistin erneut eingesperrt. Nachdem man ihr dann die Anerkennung als NS-Opfer entzog, nahm sie sich am 26. April 1963 das Leben. Ein Antrag von VVN-BdA und Linkspartei in Mülheim an der Ruhr, eineFritz-Thyssen-Straße in Martha-Hadinsky-Straße umzubenennen, scheiterte. »Es würde eine nach einem Unterstützer der Nazis benannte Straße aus unserer Stadt verschwinden.«

So lautet die zusammengefasste Begründung für den Antrag ›Betreff: Umbenennung der Fritz-Thyssen-Straße in Martha-Hadinsky-Straße‹, über den die Bezirksvertretung 2 der Stadt Mülheim/Ruhr zu befinden hatte.

Eingebracht hatte den Antrag die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) gemeinsam mit dem Vertreter der Linkspartei.« Der vorerst abgelehnte Antrag soll nun im Gesamtstadtrat erneut eingebracht werden.

Die Gruppe »Kinder des Widerstandes« hat einen Flyer herausgegeben, mit dem ihre Ziele verdeutlicht werden. Der kann unter www.nrw.vvn-bda.de heruntergeladen werden. *T.S./U.S.*

Offener Brief an den Innenminister von Nordrhein-Westfalen Ralf Jäger

Vertreter verbotener Naziorganisationen führten Naziaufmarsch an

Anlässlich des Naziaufmarschs, der am 1. Mai in Bonn trotz zahlreicher Proteste und für die Gegendemonstranten günstiger Gerichtsurteile stattfinden durfte, hat sich Peter Trinogga namens der VVN-BdA Köln an den zuständigen Innenminister Jäger mit einem offenen Brief gewandt.

Minister Ralf Jäger war aufgefordert worden, ein Verbot dieses »braunen Spuks« zu erwirken. In dem Brief heißt es: »Mit großem Interesse haben wir Ihre Pressemitteilung zu den polizeilichen Maßnahmen gegen die extrem rechte Szene in NRW am 25.04.2012 gelesen.

Sie erklären darin, dass Sie ›konsequent gegen den braunen Sumpf vorgehen‹ und kündigen an, auch künftig der ›rechtsextremistischen Szene keinen Fußbreit Raum zu lassen‹. Dies können wir nur begrüßen!

Im krassen Gegensatz dazu, liest sich eine Meldung vom 19.04.2012 im »Bonner General-Anzeiger« mit folgender Aussage der Bonner Polizeipräsidentin Ursula Brohl-Sowa zum geplanten Aufmarsch »Autonomer Nationalisten« am 1. Mai in Bonn, in der sie feststellt: »Wir haben die Sachlage intensiv geprüft, dabei haben sich auch weiterhin keine Gründe für ein Verbot der Versammlung der Rechtsextremisten ergeben.«

Bereits im Vorfeld gab es zahlreiche Forderungen nach einem Verbot dieses Aufmarschs, u.a. des DGB, der einzelnen Parteien und der Ratsfraktionen der Stadt Bonn.

Das Verhalten der Polizei ist umso unverständlicher, desto genauer man sich den/die Anmelder des geplanten Aufmarschs ansieht.

Es handelt sich hierbei um Christian Malcoci und Sven Skoda. Skoda wurde am 13. März festgenommen und sitzt »seitdem wegen Unterstützung der kriminellen Vereinigung Aktionsbüro Mittelrhein in Haft« (GA, 19.04.2012).

Christian Malcoci gilt als einer der führenden Köpfe der militanten Neonazi-Bewegung und kann auf eine beachtliche Vergangenheit in der extrem rechten Szene zurück blicken.

Der bekennende Nationalsozialist und ehemalige NSDAP-AO-Aktivist war u.a. Mitglied der »Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten« (ANS/NA, verboten 1983), der »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (FAP, verboten 1995), der »Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.« (HNG, verboten 2011) und gehörte dem »Komitee zur Vorbereitung der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Adolf Hitlers« (KAH) an. Er ist also wahrlich kein unbeschriebenes Blatt!

Peter Trinogga

Brief an die Bundestagsfraktionen

Außer dem 27. Januar auch andere Feiertage schützen

Die ständig zunehmenden Versuche der Neofaschisten, sowohl christliche Feiertage als auch historisch besetzte Tage wie den Arbeiterkampftag 1. Mai, den Antikriegstag 1. September, den 30. Januar (Machtübertragung an Hitler) und den 9. November (Reichspogromnacht) für ihre Provokationen zu missbrauchen, verlangen eine Antwort. Daher richtete die VVN-BdA NRW an die Bundestagsfraktionen die dringende Aufforderung, diese Feiertage ähnlich wie den 27. Januar – Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz – zu schützen und an diesen Tagen jegliche Naziaufmärsche zu verbieten. Der 27. Januar war auch vom Bundesverfassungsgericht geschützt worden, d.h. es hat an diesem Tag alle Naziaufmärsche verboten. Eine eben solche Regelung steht für die Feiertage wie die genannten noch aus.

Hier gäbe es dringend Handlungsbedarf. Vor allem die Gewerkschaften sollten »ihre Tage« 1. Mai und 1. September verteidigen, meinten die VVN-BdA-Landessprecher in einem Brief.

Das durch das Bundesverfassungsgericht bestätigte Verbotsurteil des Oberverwaltungsgerichts Münster gegen eine Kundgebung der »Nationalen Sozialisten« am 9.11.2011 mit der Begründung, dies sei ein Datum »dem ein.... eindeutiger Sinngehalt mit gewichtiger Symbolkraft zukommt« wird von der VVN-BdA als beispielhaft genannt: Es geht doch! *J. Sch.*

Redaktion: Ulrich Sander
Landesbüro der VVN-BdA NRW
Gathe 55,
42107 Wuppertal,
Telefon: 0202 / 45 06 29
E-mail: nrw@vvn-bda.de
www.nrw.vvn-bda.de
Unser Spendenkonto:
Postbank Essen,
Konto 28 212-435,
BLZ 360 100 43

Interview von Paula Gajdek mit dem Geschäftsführer des Türkischen Bundes Berlin, Serdar Yazar

Deutschland in antirassistischem Gewand?

Bereits 2006 im Mai gab es in Kassel einen Schweigemarsch unter dem Motto »Kein 10. Opfer«, welcher die Morde an türkisch-stämmigen Mitbürgern als rassistisch motiviert skandalisierten. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft konnte sich jedoch erst 2011, nach dem Auffliegen der »Zwickauer Zelle«, durchringen, dies auch anzuerkennen. Aber eine lückenlose Aufklärung der NSU-Mordserie steht auch ein halbes Jahr nach der Selbstenttarnung des NSU weiterhin aus. Trotzdem wird von einer Zäsur gesprochen,

Ob das Aufdecken der NSU wirklich eine Zäsur darstellt, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Es wird sich zeigen, wie die Gesellschaft in Zukunft mit dem Thema Rassismus umgeht, welche Ermittlungserfolge erzielt werden und wie die Öffentlichkeit darauf reagieren wird.

Ein Beispiel in diese Richtung findet sich gerade in Berlin-Neukölln. Dort fand vor einigen Tagen nachts eine Schießerei statt, bei der ein junger Mensch sein Leben verlor. Der Vorstand des TBB besuchte die Angehörigen. Dieser Mordfall wird für Polizei und Staatsanwaltschaft eine Bewährungsprobe darstellen, anhand dessen wir überprüfen können, ob sich in ihren Strukturen etwas verändert hat.

Ein weiteres Beispiel, wie es um den deutschen Antirassismus bestellt ist, hat unsere Aktion »5 vor12« vom 21. März gezeigt. Für diesen Termin haben wir alle öffentlichen Institutionen angeschrieben und zum Mitmachen aufgefordert. Als Hauptentschuldigungsgrund wurde die vor einigen Wochen von der Regierung »verordnete« Schweigeminute angeführt. Das Soll war also erfüllt und weitere Zeichen zu setzen, wurde für unnötig erachtet.

Der Rassismus scheint fest in der Mitte der Gesellschaft verankert zu sein. Titulierungen wie »Döner Morde« haben das, ebenso wie die Ermittlungen, welche zunächst ins Umfeld der Opfer und später im Fall der ermordeten Polizistin sogar ins Umfeld der Sinti und Roma gingen, mehr als deutlich gemacht. Sieht »Deutschland« weg, wenn es um Gewalt von rechts geht?

Ich muss diese Frage mit Ja beantworten! Ein politisch rechts motiviertes Tatmotiv wird oftmals zuletzt in Erwägung gezogen. Ein Beispiel aus dem vergangenen Jahr zeigt dies sehr eindrucksvoll. Es gab eine Reihe von Brandanschlägen auf Moscheen und Wohnhäuser in Berlin. Bereits vor dem Beginn der Ermittlungen wurde ein politisch motiviertes Handlungsmotiv ausgeschlossen.

Gerade der Begriff »Döner Morde« zeigt eindrucksvoll, wie sehr der Rassismus in der Gesellschaft verankert zu sein scheint. Diese Formel wurde von den Medien erfunden und auf die diversen Morde an migrantischen Kleinunternehmern angewandt. Jetzt dagegen wird dieser Begriff von den Medien verurteilt und als rassistisch verschrien. Eine gewisse Heuchelei bleibt kaum übersehbar.



Serdar Yazar *Foto: Türkischer Bund Berlin*

Wie muss und kann in unserer Gesellschaft ein echtes Miteinander gestaltet werden, das ohne paternalistische Kategorien wie Integration, Mehrheitsge sellschaft versus »Parallelgesellschaften« auskommt. Haben wir es hier nicht auch mit einem gewaltigen Demokratiedefizit zu tun? Und wo muss und kann Solidarität ansetzen?

Eine vielfältige Demokratie muss gepflegt, Zugänge müssen geschaffen und Teilhabe muss ermöglicht werden. Einfach ein Wort wie »Integration« in den Raum zu stellen und zu meinen, damit wäre alles gut, ist unsinnig. Unser Verband versucht ohnehin seit Längerem, den Begriff und das Konzept »Integration« zu dekonstruieren.

Es fehlt an Teilhabechancen und Schlüsselqualifikationen am Arbeitsmarkt. Wie diese Defizite aufgearbeitet werden können oder Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse gewährleistet werden soll, bleibt jedoch fraglich.

Gesetze, die Teilhabe und Chancengleichheit ermöglichen, sind zwar da, doch wie soll man damit umgehen? In meiner Arbeit erlebe ich jede Woche Menschen, die mit diesen Gesetzen zu kämpfen haben. Vornehmlich ältere türkisch-stämmige Menschen sind davon betroffen. Sie leben seit 30 Jahren in Deutschland und haben irgendwann die deutsche Staatsbürgerschaft angenommen. Um das Jahr 2000 mussten sie dann einen Antrag auf die türkische Staatsbürgerschaft stellen, um eine doppelte zu besitzen. Da die Bearbeitung der Anträge in der Türkei jedoch sehr lange gedauert hat, wurde diesen Menschen irgendwann - durch neue Bestimmungen - einfach die deutsche Staatsangehörigkeit abgesprochen. Diese Bestimmungen beinhalten neue Anforderungen, die zum Teil nicht mehr erfüllt werden können. Jetzt leben diese Menschen mit einer auf drei Monate befristeten Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland, die sie ständig verlängern lassen müssen.

Sieht so der Wille zur Integration aus? Die Gesetze sprechen dafür, doch die Hürden, die sich dahinter verstecken, sprechen eine andere Sprache!



Fotos: Gisela Lingenberg

»Fred-Löwenberg-Platz« eingeweiht

Am 19. April wurde der „»Fred-Löwenberg-Platz« an der Cecilien- Ecke Wuhlestraße im Bezirk Marzahn-Hellersdorf feierlich eingeweiht.

Stadtrat Christian Gräf (CDU) und Sohn Rainer Löwenberg würdigten das Leben des streitbaren Antifaschisten und Buchenwaldhäftlings, der nach 1990 bis zu seinem Tode im Jahre 2004 Vorsitzender der Berliner Vereinigung ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (B.V. VdN) und ein stets gefragter Gesprächpartner der jungen Generation war. Die Ehrung erfolgte auf Beschluss der BVV Marzahn-Hellersdorf vom 23.06.2011.



Altenpflegerin erhält Recht vor Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte

Getreu dem antifaschistischen Erbe

Brigitte Heinisch machte die unzureichenden Arbeitsbedingungen bei der Pflege und Betreuung alter und hilfebedürftiger Menschen durch eine Strafanzeige wegen Betrugs öffentlich. Ihr wurde daraufhin fristlos gekündigt. Ihre Kündigung bestätigten deutsche Arbeitsgerichte. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg sah darin jedoch einen Menschenrechtsverstoß, weil die deutschen Gerichte bei der Bewertung des Whistleblowings nicht in ausreichendem Maße die Meinungsfreiheit der Arbeitnehmerin und das öffentliche Interesse an der Information berücksichtigt hatten. Er sprach der Betroffenen eine Entschädigung für den Arbeitsplatzverlust zu.



Brigitte Heinisch auf der Delegiertenversammlung der Berliner VVN-BdA am 12. November 2011 *Foto: Jutta Harnisch*

Whistleblowing ist der englische Ausdruck für das Aufdecken von Fehlverhalten. 2007 wurde Brigitte Heinisch als Whistleblowerin ausgezeichnet, weil sie Missstände in ihrem Arbeitsumfeld aufgedeckt und sie an die Öffentlichkeit gebracht hatte.

Statt daraufhin die Arbeitsabläufe so zu organisieren, dass ausreichend Zeit für die Pflege zur Verfügung steht, drängte die Vivantes-Geschäftsleitung Brigitte Heinisch, ihre Vorwürfe zurückzunehmen. Mit ihrem mutigen Auftreten und ihrer Forderung nach einer menschenwürdigen Betreuung von überwiegend kranken Menschen gefährdete die Altenpflegerin offensichtlich die Renditeziele des landeseigenen Krankenhauskonzerns. Vivantes schlug zurück und kündigte ihr drei Mal. Sechseinhalb Jahre währte die juristische Auseinandersetzung, begleitet von Unterstellungen und Anwürfen. All dies ist der couragierten Frau nahe gegangen und hat ihr gesundheitlich erheblich zugesetzt.

Als Brigitte Heinisch zum zweiten Mal gekündigt wurde »wegen des dringenden Verdachts der Initiierung eines Flugblattes«, wie es wörtlich in der Kündigung heißt – ein Flugblatt, das den Umgang von Vivantes mit Brigitte Heinisch anprangerte –, musste sie an ihren Vater denken. Der Kommunist Willi Heinisch wurde 1936 festgenommen und zu zweieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er Flugblätter gegen das Naziregime verteilt hatte. Anders als ihr Vater fand sie Verbündete und Unterstützung in den Gewerkschaften, Aufmerksamkeit für ihr Anliegen in den Medien und Verständnis für ihr Herangehen beim europäischen Gerichtshof für Menschenrechte. Gegen Unrecht aufzustehen, ist Ausdruck selbstbewusster Einforderung von Teilhabe und Mitgestaltung in der Gesellschaft.

Stéphane Hessel, Teilnehmer an der französischen Résistance und Überlebender des Konzentrationslagers Buchenwald, schrieb in seiner Streitschrift: Indignez-vous! - Empört Euch!: »Ich wünsche jedem Einzelnen von Ihnen einen Grund zur Empörung. Das ist sehr wertvoll. Wenn etwas Sie empört, wie mich die Nazis empört haben, werden Sie kämpferisch, stark und engagiert.«

In Brigitte Heinischs gelebter Zivilcourage spiegelt sich ihre Empörung, auch als Lehre aus den Erfahrungen von Verfolgung und Widerstand gegen das Naziregime. Zehntausende Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung, darunter auch der Vater und Großvater von Brigitte Heinisch, verteidigten – umgeben von Terror, Gleichschaltung und Gleichgültigkeit – ihren humanistischen antifaschistischen Lebensanspruch. Sie trugen die eigene Unruhe und Empörung über die Lügen und die Menschheitsverbrechen nach außen. Sie durchbrachen damit das Schweigen, das Weghören und Wegschauen, halfen Verfolgten und Bedrohten. Von dieser unbeugsamen Haltung ließ sich auch Brigitte Heinisch leiten, und darüber hat sie bewegend und eindrücklich bei der VVN-Delegiertenkonferenz am 12. November 2011 gesprochen.

Hans Coppi

Brigitte Heinisch/Benedikt Hopmann: Altenpflegerin schlägt Alarm - Über das Recht, Missstände anzuzeigen, VSA: Verlag Hamburg, 2012

Ein Abend mit der Berliner VVN-BdA…

Antifa – Jour fixe

Montag, 21. Mai 2012
Karl-Marx-Allee 72, 10243 Berlin (U 5 zwischen Strausberger Platz und Weberwiese)

Im Schatten der Sterne.
Eine jüdische und kommunistische Widerstandsgruppe
Es liest die Schriftstellerin Regina Scheer

Am 18. Mai 1942, vor 70 Jahren, versuchte im Berliner Lustgarten eine Gruppe junger Nazigegner, Juden und Kommunisten, die Hetzausstellung „Das Sowjetparadies“ anzuzünden. Das Vorhaben misslang, aber schon am 22. Mai wurden die ersten Mitstreiter um den aus der jüdischen Jugendbewegung kommenden Kommunisten Herbert Baum verhaftet. Im August 1942, im März 1943 und in den „Blutnächten“ von Plötzensee Anfang September 1943 wurden über 20 von ihnen hingerichtet, einige nahmen sich das Leben oder kamen ins KZ, nur wenige überlebten.
Regina Scheer, die viele Jahre lang den Spuren dieser Gruppen nachging und Zeitzeugen befragte, wird über die Akteure und ihre Motive sprechen. Sie liest aus ihrem viel beachteten Buch „Im Schatten der Sterne“. Wir möchten zu der Lesung und dem sich anschließenden Gespräch über den Mut und die Tragik der bis heute wenig beachteten Widerstandsgruppe einladen - 70 Jahre nach den Geschehnissen.

Redaktion: Dr. Hans Coppi
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin
Telefon: 030 / 29 78 41 78
Fax: 030 / 29 78 43 78
Internet:
http://berlin@vvn-bda.org
E-Mail: berlin@vvn-bda.org

Wir bitten um Spenden für den Berliner VVN-BdA!
Spendenkonto:
Postbank Berlin
Konto-Nr.: 315 904 105
BLZ: 100 100 10

Rassistische Hetze geplant

Naziaufmarsch stoppen!

Am 2. Juni wollen Nazis aus NPD, Freien Kameradschaften und Autonomen Nationalisten unter dem rassistischen Motto »Tag der deutschen Zukunft - Unser Signal gegen Überfremdung« durch Hamburgs Innenstadt marschieren. Das »Hamburger Bündnis gegen Rechts« ruft deshalb zu einem breiten Widerstand gegen die Faschisten und jede rassistische Stimmungsmache auf. Der Aufruf und die Vorbereitung werden von einer breit gefächerten Zivilgesellschaft Hamburger Gruppen, Initiativen, Glaubensgemeinschaften, Gewerkschaften und Parteien getragen. Und die Zahl der Unterstützer wächst täglich.

Allen gemeinsam ist das Ziel, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern. Deshalb findet am 2. Juni ab 9:30 Uhr eine Demonstration statt unter der Losung »Den Naziaufmarsch stoppen! - Internationale Solidarität statt völkischer Wahn«.

Treffpunkt und Auftakt: Gerhard-Hauptmann-Platz. Die Route führt quer durch die Innenstadt vorbei am ehemaligen Gestapo-Hauptquartier (Stadthausbrücke) über den Gänsemarkt.

Dort findet ab 11:00 Uhr eine Zwischenkundgebung statt. Der Abschluss ist auf dem Dag-Hammarskjöld-Platz vor dem Bahnhof Dammtor geplant.

Entlang der Demonstrationsroute sind zahlreiche Kundgebungsorte angemeldet, die von unterstützenden Organisationen für zusätzliche Aktionen genutzt werden.

So beteiligt sich z. B. die VVN-BdA Hamburg an einer Lesung vor dem Gestapo-Hauptquartier, und die Bürgerschaftsfraktion der Partei Die Linke führt auf dem Gänsemarkt eine öffentliche Fraktionssitzung durch.

Es gilt, den Nazi-Aufmarsch zu blockieren. Dafür haben sich die Unterstützer auf einem Vorbereitungstreffen des Bündnisses auf Grundsätze geeinigt. Der Blockadekonsens lautet:

- Wir leisten zivilen Ungehorsam gegen den Nazi-Aufmarsch
- Von uns geht dabei keinerlei Eskalation aus
- Unsere Massenblockaden sind Menschen-Blockaden
- Wir sind solidarisch mit allen, die mit uns das Ziel teilen, den Nazi-Aufmarsch zu verhindern.

Es wird vielfältig und bunt. Dafür noch ein Beispiel:

Die Marathonabteilung des FC St. Pauli unterstützt den Aufruf mit einem Lauf um die Alster unter dem Motto »Sankt Pauli läuft gegen Rechts«.

Start (und Ziel): Außenalster, Grillwiese am Schwanenwik am 1. Juni um 19 Uhr. Es darf auch gewandert werden.

Alle beteiligten Organisationen verbindet, trotz Unterschiedlichkeit zu Themen der Tagespolitik, eines: Hamburg ist kein Platz für Nazis!

Georg Chodinski

Elsa Werner gestorben

Vorbild als streitbare Antifaschistin

Wir trauern um unsere Kameradin Elsa Werner, geboren am 15. Februar 1911, Mitglied im Landesvorstand der VVN-BdA Hamburg bis zu ihrem Tod am 30. März 2012.

Ein gutes Jahr ist es her, dass Elsa uns alle zu ihrem 100. Geburtstag ins Polittbüro eingeladen hat. Detlef Garbe (Gedenkstätte Neuengamme) hielt die Festansprache, die die Grundlage für unseren Glückwunsch in der antifa im März 2011 war. Rolf Becker, Lisa Politt und Henning Venske lasen Heine und Tucholsky, sangen für Elsa und für uns alle. Natürlich brachten auch Microphone Mafia und die Bejaranos ein Ständchen, und die Jugend der Jüdischen Gemeinde lieferte ein leckeres Buffet.

Danach hat Elsa nur noch selten das Haus verlassen. Über Besuch hat sie sich immer gefreut. Sie empfing uns meist in ihrer Küche im 9. Stock, wo sie von Kaffee, Zigaretten, Post und Stapeln von Zeitungen und Zeitschriften umgeben war. Den Kontakt mit dem politischen Geschehen nicht zu verlieren, war ihr wichtig. Der Austausch über Ereignisse und Entwicklungen lag ihr am Herzen, und so wurde mit den Besucher/innen ausgiebig diskutiert. Wenn ich kam, gehörte die Frage „Was gibt's Neues in der VVN? Was macht Ihr?" immer dazu. Und am Ende dieses Gesprächsabschnitts nahm sich Elsa immer vor: „Ich muss mal wieder kommen." Ihre nachlassenden Kräfte ließen das aber dann doch nicht zu.

In der vielen Zeit, die Elsa allein verbrachte, ließ sie noch einmal die Stationen ihres Lebens Revue passieren: Kindheit und Familie, Jugend und KJVD, die Arbeit für die Partei und die erste Verfolgung, das Leben mit ihrem Mann in Polen. Wärme, Humor und die tiefe Menschlichkeit der chassidischen Juden haben sie sehr beeindruckt und fanden sich in vielen der Witze, die sie so gern und unvergleichlich erzählte. Darüber sprach sie auch gern. Worüber sie nicht sprach, war das Leid, das mit dem deutschen Überfall auf Polen begann: die Flucht in den sowjetischen Teil Polens, die Ermordung ihres Mannes, ihre Deportation nach Theresienstadt.

Elsa Erzählungen setzten wieder ein mit ihrer Rückkehr nach Hamburg, die sogleich der Beginn ihrer neuen Lebensaufgabe werden sollte: die Tätigkeit im Komitee ehemaliger politischer Gefangener und im „Amt für Wiedergutmachung" sowie in der Jüdischen Gemeinde und natürlich in der Hamburger Stiftung für NS-Verfolgte. Bis zuletzt waren die Entschädigung der Opfer und die Bestrafung der Täter ihr zentrales Thema. Das Verhalten der Bundesregierung gegenüber Griechenland und den griechischen Entschädigungsansprüchen empörten sie genauso wie der Umgang von BKA und Verfassungsschutz mit dem rechten Terror.

Wenn genug gesprochen war, schlug Elsa gern das eine oder andere gemeinsame Lied vor und sang genauso textsicher, wie sie immer noch gern Heine rezitierte, das Lied von der Jungen Garde des Proletariats und andere Kampflieder der Arbeiterklasse mit. Und manchmal sagte sie dann: „Ich habe nichts getan, was ich nicht tun wollte." Elsa wollte keine Heldin sein. Helden, sagte sie, seien ihre Eltern gewesen: In schwerer Zeit und großer Armut haben sie zehn Kinder großgezogen, und keins davon ist Faschist geworden.

Wir schulden Elsa Dank. Sie fehlt uns und sie bleibt uns ein Vorbild als streitbare Antifaschistin, als unermüdliche Kämpferin für Recht und Gerechtigkeit und als großartige Frau, für die Selbstbestimmung und gesellschaftliche Verantwortung zusammen gehörten.

Cornelia Kerth



Foto: Yo Loewy

Hamburg als Abschiebungsmeister

Abschiebungen und kein Ende

Der 23-jährige Rom Miroslav R. soll nach Serbien abgeschoben werden. Er war zwei Jahre alt, als seine Familie 1990 nach Deutschland flüchtete. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt, sie lebten viele Jahre in Syke auf »Duldung«.

Der Vater protestierte gegen diesen Zustand. Er übergoss sich im November 2002 im Rathaus von Syke mit Benzin und zündete sich an. Obwohl die Familie durch den Tod des Vaters schwer traumatisiert war, wurde sie zwei Jahre später nach Belgrad abgeschoben. Miroslav hatte keinen Schulabschluss und konnte kein Wort Serbokroatisch. Dass in Serbien Roma verfolgt werden, bekam auch er zu spüren. Er wurde von der Polizei schwer misshandelt und floh nach Hamburg. Wieder wurde sein Asylantrag abgelehnt. In der Haftanstalt Billwerder unternahm er im November 2010 einen Suizidversuch. Danach begann er eine Therapie, die auch erfolgreich schien. Weil er so unverschämt war, am Leben zu bleiben, soll er nun erneut nach Serbien abgeschoben werden.

Das gleiche Schicksal droht zwei Schülerinnen, Anna und Melania von der Heinrich-Hertz-Schule in Winterhude. Sie sollen nach Armenien deportiert werden, in ein Land, das sie nie gesehen haben und dessen Sprache sie nicht sprechen. In Hamburg dagegen sind sie gut integriert und wollen in Kürze Abitur machen. Für ihr Bleiberecht demonstrierten im März rund 500 Angehörige der Schule.

Der neue SPD-Senat unternimmt nichts gegen den Ruf Hamburgs, Weltmeister in Sachen Abschiebung zu sein.

Protestiert gegen die Abschiebungen: Behörde für Inneres und Sport, Johanniswall 4, 20095 Hamburg, Mail: poststelle@bis.hamburg.de.

hjm

Von Mai bis Juli:

Hamburger VVN-Termine

Sonntag, 20. Mai 2012, 17:00 Uhr
Zeit für Zeugen (Ettie u. Peter Gingold), D 2011, von Mathias Meyers und Tidi von Tiedemann.
Eine Hommage an Ettie und Peter Gingold mit Film, Lesung und Gesprächen mit den Töchtern Alice Czyborra und Silvia Gingold sowie den beiden Filmemachern.
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Dammtorstraße / Ecke Kleine Theaterstr., Eingang Kleine Theaterstr. 10

Dienstag, 2. Juni 2012, 9:30 Uhr
Demonstration und Aktionen »Den Naziaufmarsch stoppen! - Internationale Solidarität statt völkischer Wahn«.
Treffpunkt und Auftakt: Gerhard-Hauptmann-Platz.

Sonntag, 24. Juni 2012, 17:00 Uhr
Filmveranstaltung »Das Beil von Wandsbek«, DDR 1951, von Falk Harnak, 111 Min.
Ort: Kommunales Kino Metropolis, Dammtorstraße / Ecke Kleine Theaterstr., Eingang Kleine Theaterstr. 10

Dienstag, 17. Juli 2012, 18:00 Uhr
Stadtrundgang und Kundgebung zum 80igsten Jahrestag des »Altonaer Blutsonntags« vom 17. Juli 1932.
Treffpunkt: August-Lütgens-Park, Hamburg-Altona

Nix mehr loos mit de Udels?

Bi'n Oostermarsch leep ok son jungen Keerl mit, un achtern op sien Jack stünn schreven: »Vorsicht, Krawalltourist!« Un denn meuk he op sien Kledoosch noch künnig, dat he direktemang vun'n Nordpool anreist keum.

Un de Udels? Wied un sied keen Udel to sehn, de em fastnehmen kunn. Dat kann de Polizei doch nich dörgohn loten, wenn de Krawalltouristen al vun'n Nordpool antüffelt koomt. Amenn koomt se noch ut China! Denn is aver richtig de Düvel loos. Kann aver ok angohn, dat de Polizei annerwegens to doon harr. An'n Elvstrand bi Övelgönn wullen en poor Lüüd en Oosterfüür ansteken. Un de Udels hebbt bölkt, dat is verboden, un hebbt jüm so dull tosomensloon, dat se sik en Anzeig vun en junge Fro infungen hebbt.

So wied is dat komen: Minschen, de freedlich an'n Strand sitt, warrt vun de Schandarms swor trakteert. Un Krawalltouristen loot se eenfach lopen. Kinnings, nee, uns Polizei is ok nich mehr dat, wat se mol weur.

hjm

Stolpersteine lesbar machen

Frühjahrsputz in Bergedorf

In Hamburg-Bergedorf sind 21 Stolpersteine verlegt worden, die vor dem letzten selbstgewählten Wohnort an Verfolgte des Nazi-Regimes erinnern. Viele dieser Steine sind in Laufe der Zeit dunkel und stumpf geworden, so dass sie sich kaum noch von umgebenden Pflastersteinen abhoben.

Die Leute von der Kreisvereinigung Bergedorf der VVN-BdA haben sich an einem Freitagnachmittag getroffen, ausgerüstet mit Putzmitteln, Schwämmen und Tüchern, um den Steinen wieder zu neuem Glanz zu verhelfen. Dabei haben sie natürlich auch »Flagge gezeigt« und sich als VVN-BdA zu erkennen gegeben.

Anlass war auch, dass in diesem Jahr in Bergedorf das 850-jährige Stadtjubiläum gefeiert wird. In diesem Rahmen gab es auch eine Woche des Gedenkens mit einem umfangreichen Programm von Vorträgen, Ausstellungen, Lesungen, Stadtrundgängen, Konzerten, Theater, Film und Diskussionen. Dazu gehörte die Reinigungsaktion. Zuvor hatte eine Kameradin einen Weg von Stein zu Stein ausgearbeitet und die Biographien recherchiert, so dass die Gruppe beim Reinigen gleichzeitig über das Schicksal der Opfer berichten und ihrer gedenken konnten. Zur Nachahmung empfohlen.

ki





Redaktion: H. J. Meyer
Landesgeschäftsstelle VVN-BdA
Landesvereinigung Hamburg
Hein-Hoyerstraße 41,
20359 Hamburg
Telefon: 040 / 31 42 54
E-Mail: vvn-bda.hh@t-online.de

Wir bitten um Spenden für den Hamburger VVN-BdA!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hamburg, Haspa,
BLZ 200 505 50
Kto.-Nr. 1206 / 127 183

Silvia Gingold auf der Kasseler Ostermarschkundgebung:

»Heute gibt es keine Entschuldigung mehr«

Bei den diesjährigen Ostermärschen wurde auch gegen die Neonazis und gegen die Duldung neonazistischer Umtriebe und Gewalttaten Stellung genommen. Anlass dazu waren nicht zuletzt die immer noch nachwirkenden Schreckensmeldungen über die neonazistische Mordserie, die die Zahl der Todesopfer rechtsextremer und rassistischer Gewalt weiter erhöht hat. In Kassel, wo die Neonazis ebenfalls einen Menschen ermordeten, hielt Silvia Gingold dazu auf der Ostermarschkundgebung eine Rede, aus der wir die folgenden Auszüge bringen:

»Die in Kassel geborene Künstlerin Eva René Nele schuf in den 80er Jahren das Mahnmal mit dem Titel ›Die Rampe – Ankunft und Ende‹, um an die Deportationen, Selektionen und Vernichtung von Menschen durch die Faschisten, an das Leiden und Sterben vieler Kasseler Juden, an die Ausbeutung tausender Zwangsarbeiter durch die in Kassel ansässige Firma Henschel zu erinnern.

Welch aktuelle Bedeutung ihr Mahnmal an diesem Ort heute wieder erlangen würde, hat sich die Künstlerin sicher so nicht vorstellen können. Bis hierher in die Kasseler Nordstadt führt die Blutspur der Neonazis, wo Halit Yozgat als neuntes Opfer rassistischen Terrors ermordet wurde.

Auf einmal gaben sich die politisch Verantwortlichen in unserem Land überrascht und entsetzt. Eine Verkettung von Fehlern und Pannen habe die rechtzeitige Aufklärung der Morde verhindert.

Welche eine Heuchelei! Als ob die Neonazis vom Himmel gefallen wären. Als ob es keine Orte wie Solingen, Mölln, Hoyerswerda gegeben hätte; Orte, die stellvertretend für zigfache brutale rassistisch motivierte Angriffe auf Menschen in unserem Land stehen. Als ob bei uns nicht seit Jahren der Boden für ein Klima des Ausländerhasses, der Angst vor »Überfremdung« bereitet wurde; als ob ein in vielen Medien hochgelobter Sarrazin diese Angst durch seine rassistischen und menschenverachtenden Thesen nicht noch weiter geschürt und angeheizt hätte. Als ob diese Morde nicht geschehen konnten, obwohl der Verfassungsschutz die Naziterroristen im Visier hatte.



Silvia Gingold

Vor diesem Verfassungsschutz muss die Verfassung geschützt werden! Denn von Anfang an machte sich dieses Amt die Erfahrungen von früheren Mitarbeitern von SS, Gestapo und NS-Geheimdiensten zunutze. …

Als meine Eltern, die in Frankreich in der Résistance gegen Hitler kämpften, später als Zeitzeugen oft gefragt wurden, ob sie angesichts dieses wieder erstarkenden Rassismus nicht resignieren, antworteten sie sinngemäß:

Hitler, Krieg und Auschwitz waren möglich, weil die Antifaschisten, die Demokraten, die Sozialdemokraten und Kommunisten nicht zusammenstanden… Erst im illegalen Widerstand, im Zuchthaus und KZ haben wir uns verständigt und niemanden mehr gefragt, wer er sei. Aber es war zu spät…

Die Faschisten sind nicht an die Macht gekommen, weil sie stärker waren als ihre Gegner, sondern weil wir uns nicht rechtzeitig zusammengefunden haben. Dafür gab es nur eine einzige Entschuldigung: Viele haben nicht gewusst, zu welchen Verbrechen der Faschismus fähig sein würde. Heute haben wir alle diese Erfahrung. Heute gibt es keine Entschuldigung, wenn wir nicht rechtzeitig die drohenden Gefahren von rechts stoppen.«

Alle Städte wollen Kasseler Initiative folgen

Überall Gedenktafeln an die Neonazi-Opfer

In Kassel fand am Karfreitag eine Kundgebung zum Gedenken an den von den Neonazis des »Nationalsozialistischen Untergrunds« umgebrachten 21jährigen Kasseler türkischer Abstammung, Halit Yozgat, statt.

Rund vierhundert Menschen kamen zusammen, um an dem Gedenken teilzunehmen, unter ihnen auch der türkische Generalkonsul Ilhan Saygili.

Kassels Oberbürgermeister Bertram Hilgen kritisierte nochmals, dass die Mordserie der Neonazis über zehn Jahre lang nicht erkannt und somit nicht verfolgt wurde. Stattdessen seien die Opfer und ihre Angehörigen verdächtigt worden.

Auch Generalkonsul Saygili kritisierte, dass den Morden lange Zeit nicht die erforderliche Bedeutung beigemessen wurde; dadurch seien den Neonazis ihre Absichten erleichtert worden.

Oberbürgermeister Hilgen teilte mit, dass die Kasseler Anregung, in allen von der Mordserie betroffenen Städten Gedenktafeln aufzustellen, aufgegriffen wurde und in allen diesen Städten umgesetzt werden soll.

In Kassel wird zudem der nahe dem Haus, in dem Halit Yozgat ermordet wurde, gelegene Platz gegenüber dem Kasseler Hauptfriedhof künftig den Namen des Ermordeten tragen und ebenso wie die dortige Haltestelle »Halit-Platz« heißen soll.

Die Namensgebung soll sowohl dem Gedenken an den Toten als auch der Mahnung und Aufforderung dienen, rechtzeitig und konsequent gegen neonazistischen Terror vorzugehen.

pcw

Anna Mettbach erhält Burgheim-Medaille

Gedenktag nunmehr auch in Gießen

»Spät, aber nicht zu spät«, nannte Adam Strauss, Vorsitzender des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma, die Gedenkstunde zur Erinnerung an die im März 1943 erfolgte Deportation Gießener Sinti nach Auschwitz-Birkenau.

Es war dies der erste Gedenktag dieser Art in Gießen, mit einer Ansprache der Oberbürgermeisterin Dietlind Grabe-Bolz und in Anwesenheit der Überlebenden Anna Mettbach. Aus ihrem Buch »Wer wird die Nächste sein?« las eine Schülerin Passagen vor.

Die Oberbürgermeisterin und der Stadtverordnetenvorsteher Egon Fritz legten am Mahnmal für die Opfer des Naziterrors einen Kranz nieder. Der katholische Pfarrer Hermann Heil sprach ein Gebet.

Anna Mettbach hat jahrelang bis zu ihrer Erkrankung die Erinnerung an die verfolgten Sinti und Roma wachgehalten. Sie wird nunmehr die nächste Trägerin der von der Stadt Gießen verliehenen Hedwig Burgheim-Medaille sein.

Gaby Rehnelt



Oberbürgermeister unterschreibt VVN-Aufruf für NPD-Verbot

Auch Darmstadt gegen Rechts

Auch in Darmstadt kam es als Reaktion auf die Neonazi-Mordserie zu öffentlichen Aktionen. Der Ausländerbeirat und der DGB Südhessen initiierten eine Demo und Kundgebung. Den Aufruf: »Ohne Angst in Deutschland leben - alle zusammen gegen Nazis und Nazi-Morde« unterzeichneten eine Vielzahl von Organisationen und Parteien, darunter SPD, GRÜNE, LINKE, Piraten, FDP und die Wählergemeinschaften UFFBASSE und UWIGA, Einzelgewerkschaften, Evangelisches Dekanat und Katholische Kirche, mehrere Ausländervereine, Naturfreunde, Förderverein Liberale Synagoge und die VVN-BdA .



Unterschriftensammlung der südhessischen VVN-BdA für den Aufruf NPD-Verbot Jetzt !

Oberbürgermeister Jochen Partsch (GRÜNE) übernahm die Schirmherrschaft. In seinem engagierten Redebeitrag betonte er, dass in Darmstadt für Rechtsextremismus und Rassismus, Fremdenhass, braunen Terror und die menschenverachtende Ideologie der Neonazis kein Platz sein dürfe. Er forderte das Verbot der NPD, der er eine exponierte Rolle im rechtsextremen Netzwerk zuschrieb.

Als VVN-BdA sammelten wir Unterschriften fürs NPD-Verbot und bekamen dabei auch die Unterschriften des OB`s und seines Vorgängers Walter Hofmann (SPD) sowie von GRÜNEN-MdB Daniela Wagner.

Kundgebung und Demo waren ein deutliches Zeichen gegen Rechts, vor allem weil es den Veranstaltern gelungen war, einen breiten Unterstützerkreis zu mobilisieren, der über bestehende Antifa-Bündnisse weit hinausgeht. Es soll dies der Anfang für weitere Aktionen sein.

OB Partsch gab die Vorlage: »Wir brauchen Menschen, die sich aktiv für eine empathische, gewaltfreie und wehrhafte Demokratie stark machen, nicht nur an Gedenktagen und Sonn- und Feiertagen, sondern das ganze Jahr über, damit Darmstadt auch in Zukunft weltoffen bleibt und Neo-Nazis hier keine Chance haben.«

Wir als VVN-BdA werden unseren Beitrag dazu leisten.

Monika Kanzler-Sackreuther

Rietig statt Köbel

Für die Umbenennung der Rüsselsheimer Walter-Köbel-Halle setzen sich mehrere Gruppen und Initiativen ein, darunter DGB und Gewerkschaftsjugend. Walter Köbel (SPD-Bürgermeister von 1954 bis 1965) hatte seine Nazivergangenheit (NSDAP-Mitglied seit 1937, NS-Rechtswahrerbund und Verfechter von Nazi-Ideologie in Publikationen) verschwiegen. Forderung der Gewerkschaftsjugend: Die Sport- und Veranstaltungshalle sollte nach dem Opelarbeiter und Widerstandskämpfer Walter Rietig benannt werden, der 1942 in Plötzensee hingerichtet wurde.

Gedenkort erhalten

In Frankfurt/Main fordert die »Initiative 9.November« den Erhalt des Bunkers an der Friedberger Anlage, in und vor dem sich eine Gedenkstätte befindet, die an die ehemalige Synagoge erinnert, die sich an dieser Stelle befand und 1938 zerstört wurde. Der Bund will das Bunker-Grundstück verkaufen. Dagegen erhebt sich Protest, der von zahlreichen Persönlichkeiten, Bürgern und Gruppierungen unterstützt wird.

Von der Info-Veranstaltung bis zur Schilderaktion

Stadtteile werden aktiv

Im Frankfurter Stadtteil Bergen-Enkheim, in dem im vergangenen Jahr mehrmals auch mit überaschenden Aufmärschen und Aktivitäten, darunter auch ein Fackelzug, aufgetreten waren, entschloss sich der Ortsbeirat zur Durchführung einer Informationsveranstaltung über Rechtsextremismus und angemessenem Verhalten dazu.

Rund sechzig Bürgerinnen und Bürger folgten der Einladung. Helge von Horn vom Beratungsnetzwerk Hessen gab eine informative Übersicht über die Neonaziszene. Im Anschluss daran wurde über Möglichkeiten und Notwendigkeiten des Auftretens gegen Neonazis diskutiert.

Man wolle Neonaziauftritten nicht länger tatenlos zusehen, war die nahezu einhellige Meinung der Diskussionsteilnehmer. In keinem Fall dürfe man sich einschüchtern lassen. Vielmehr solle man sich zusammensetzen und zusammentun.

Initiativen und Bündnisse zur Organisierung von Protestaktionen und Gegendemonstrationen seien ein gutes Mittel. Man müsse den Neonazis entgegentreten.

Im Stadtteil Rödelheim ergriffen Bürger/innen der Gruppe »Courage gegen Rassismus« die Initiative, um in ihrem Stadtteil die gelben Ortsschilder mit dem Zusatz »Stadtteil gegen Rassismus« zu ergänzen.

Den Anlass zu dieser Aktion hatten die Nachrichten über die von Neonazis verübten Morde gegeben. Mitglieder aus mehreren Vereinen, darunter AWO, Friedensinitiative und Förster-Förderverein, unterstützten das Projekt. Schließlich fanden sich rund fünfzig Unterstützerinnen und Unterstützer ein, um den Stadtteil an vielen Stellen mit den Schildern »Stadtteil gegen Rassismus« zu versehen.

Die Initiatoren hoffen nunmehr, dass auch andere Stadtteile dem Beispiel folgen.

pcw

Schwerpunkt Wetterau:

Es fehlt an Prävention

Mit den Neonazis wächst auch der Widerstand

In der hessischen Region Wetterau versuchen Neonazi nach wie vor sich festzusetzen und ganze Orte, zumindest Ortsteile, mit ihrem Auftreten zu beherrschen. Dabei treten sie zuweilen höchst aggressiv in Erscheinung. Seit geraumer Zeit entwickelt sich dagegen aber auch zunehmender Protest und Widerstand aus Initiativen, Kirchengemeinden, Parteien, Gewerkschaften, Vereinen und auch aus der Bevölkerung.

Mehrere Gemeinden der Wetterau haben sich zu einem Aktionsbündnis zusammengetan, um gemeinsam gegen Neonazis aufzutreten.

Als kürzlich in der Wetterau-Gemeinde Altenstadt die NPD die Bürgermeisterwahl nutzte, um unter dem Deckmantel einer „Wahlveranstaltung“ ihren Landesparteitag durchzuführen, trat dem ein breites Protestbündnis mit rund dreihundert Teilnehmern entgegen.

Auf dem Parteitag wurde Daniel Knebel zum neuen NPD-Landesvorsitzenden gewählt. Er gilt als militanter Neonazis mit besten Verbindungen zur militanten Kameradschafts- und Nationalisten-Szene, in der er selbst bereits mehrmals aktiv war.

Bei der Bürgermeisterwahl landete Knebel mit 2,56 Prozent zwar im Abseits; dennoch verdoppelte sich damit der Stimmenanteil der NPD seit der vorjährigen Kommunalwahl von 1,2 auf 2,6 Prozent. Bemerkbar macht sich dabei sicher auch der nach wie vor anhaltende Zuzug von Neonazis in die Wetterau.

Die Politik habe daraus „noch immer keine Lehren gezogen“; es fehle an notwendigen Programmen und Mitteln für Prävention, Aktivitäten und Initiativen, kritisiert Andreas Balser von der Antifaschistischen Bildungsinitiative, die die Neonaziszene aufmerksam beobachtet. ***P.C.Walther***

Redaktion: P. C. Walther
Landesverband der VVN-BdA Hessen, Eckenheimer Landstraße 93, 60318 Frankfurt a. Main, Telefon und Fax: 069 / 5 97 05 24,

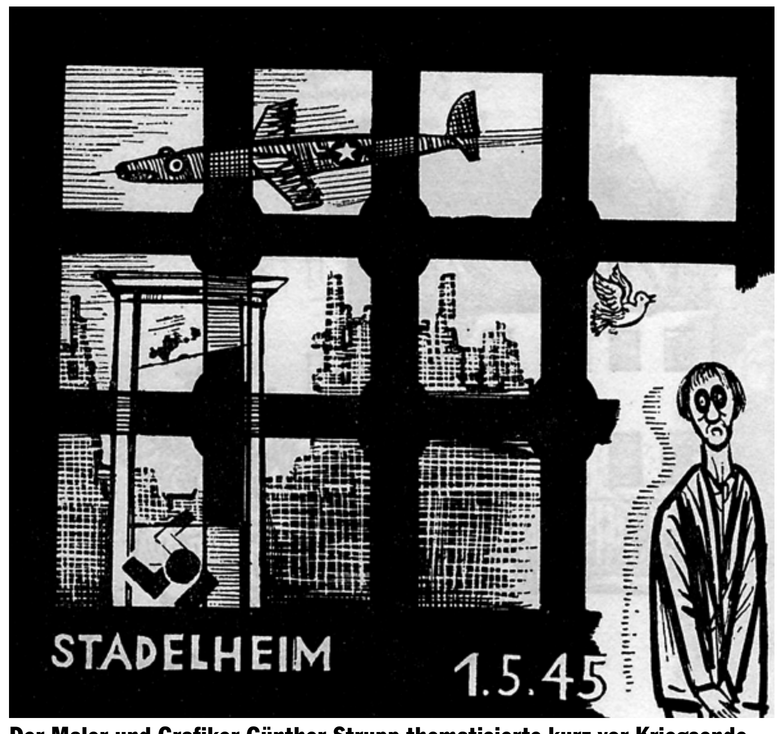
Wir bitten um Spenden für den Landesverband Hessen!
Spendenkonto:
VVN-BdA Hessen
Postbank Frankfurt
Postbank Frankfurt
Kontonr. 49 330 - 602 , BLZ 500 100 60

Ein widerständiger Künstler

Architekturmuseum Augsburg erinnert an Günther Strupp

Dem Maler und Grafiker Günther Strupp, der im März 100 Jahre alt geworden wäre, ist eine Ausstellung im Architekturmuseum Schwaben gewidmet (Buchegger-Haus, Thelottstraße 11, Augsburg; bis 27. Mai 2012). Zur Grafik, in der er seine Zuchthaushaft kurz vor Kriegsende thematisierte, schrieb der Künstler: »In der Strafanstalt München-Stadelheim war ich beim Hofgang Nachbar der Todeskandidaten. Mein Prozess sollte im Juni stattfinden, doch Anfang Mai befreite mich die Ankunft der Amerikaner. Ich stürzte mich kopfüber in das nun anbrechende Zeitalter«.

Schon 1933 war der damals in Duisburg wohnende das erste Mal verhaftet worden. Gemeinsam mit Freunden aus KPD und anderen linken Gruppen hatte er als Student Material gegen die Nazis verbreitet und Plakate geklebt.



Der Maler und Grafiker Günther Strupp thematisierte kurz vor Kriegsende seine Zuchthaushaft

Er wurde ins KZ Kemna bei Wuppertal verschleppt, konnte nach seiner Freilassung nach Paris flüchten und wurde, nachdem sein Pass abgelaufen war, wieder nach Deutschland abgeschoben. Abenteuerliche Wege führten ihn schließlich 1943 nach Augsburg: »Dort verhaftete mich im folgenden Jahr die Gestapo zum zweitenmal« schrieb er 1971im Buch »Struppzeug«. »Ich hätte, hieß es, die Wehrkraft des Deutschen Reiches zersetzt, eine Beschuldigung, durch die ich mich bis heute geehrt fühle«.

So lange es ihm gesundheitlich möglich war, engagierte sich der 1996 verstorbene Künstler mit seinen oft auch satirischen Werken für Antifaschismus, Demokratie und Frieden und war in seiner schwäbischen Heimat auch aktiv in der VVN und im »gewerkschaftlichen Schutzverband Bildender Künstler«. *E. B.*

»Skandalöse Diffamierung«

Stellungnahme der VVN-BdA Bayern zum VS-Bericht 2011

Mit einer ausführlichen »Stellungnahme zu den Diffamierungen der VVN-BdA Bayern durch das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz und das Bayerische Staatsministerium des Inneren« hat die VVN-BdA Bayern auf die Veröffentlichung des VS-Berichtes 2011 reagiert:

»Im Bayerischen Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2011 wird wiederum ohne wirklich inhaltliche Begründung die VVN-BdA als ›linksextremistisch beeinflusste Organisation‹ bezeichnet und damit deren Erwähnung im Bayerischen Verfassungsschutzbericht gerechtfertigt. Diese Einschätzung ist eine skandalöse Diffamierung der VVN-BdA und missachtet völlig deren Ziele und Wirken. Diese Erwähnung der VVN-BdA gibt es außer in Bayern weder im Bund noch in den meisten anderen Bundesländern.«

Mit der Etikettierung der VVN-BdA und, so die Erklärung, »beispielsweise auch des Antifaschistischen Informations- und Dokumentationsarchivs AIDA - als ›linksextremistisch‹« erweise sich der bayerische Verfassungsschutzbericht erneut als »parteipolitisches Kampfinstrument des Innenministeriums zur Aufrechterhaltung altgedienter Feindbilder«. Während die Gefahren durch Neonazis seit Jahrzehnten verharmlost würden, werde »jedes Jahr von neuem eine angebliche ›linksextremistische‹ Gefahr“ heraufbeschworen. Unter dem Deckmantel ›Verfassungsschutz‹ werden damit für das Innenministerium unliebsame politische Kritik und antifaschistisches Engagement als verfassungsfeindlich diffamiert und massiv behindert.«

Die Erklärung verweist auf »eine bedenkliche Tradition des Bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz«, die unter anderem davon gekennzeichnet sei, »dass auch das Bayerische Verfassungsschutzamt in den 1950er Jahren unter wesentlicher Mithilfe ehemaliger Nazis aufgebaut worden ist und diese Geschichte bis heute nicht wissenschaftlich aufgearbeitet hat«; »dass in Zeiten des Kalten Krieges die Hauptaufgabe in der ›Bekämpfung des Kommunismus‹ gesehen wurde, wofür auch ehemalige Nazis als Mitarbeiter willkommen waren« und »dass das Amt in den 1970er und 1980er Jahren wesentlich bei den ›Berufsverboten‹ für kritische linke BürgerInnen mitgewirkt hat«.

Andererseits seien »Aktivitäten von alten und neuen Nazis in Bayern jahrzehntelang ›vergessen‹ oder verharmlost worden«; habe »das Amt keinen wirklichen Beitrag zur Aufklärung neofaschistischen Terrors vom ›Münchner Oktoberfest-Attentat‹ 1980 bis zur Mordserie des ›Nationalsozialistischen Untergrundes’ heute» geleistet und entziehe sich nach wie vor „einer wirklich effektiven demokratischen Kontrolle«.

In der Erklärung wird an die namentliche Erwähnung des Holocaust-Überlebenden und VVN-BdA-Landessprechers Ernst Grube im VS-Bericht 2010 erinnert und festgehalten: »Viele Menschen haben sich daraufhin mit Ernst Grube solidarisiert und die Beendigung dieser Diffamierung im Verfassungsschutzbericht gefordert. Das Innenministerium konnte diese Diffamierung nicht aufrechterhalten und hat im aktuellen Bericht Ernst Grube nicht mehr erwähnt.«

Widerlegt werden in der Erklärung eine Reihe der im Bericht aufgestellten Behauptungen. Unter anderem heißt es: »Da der VVN Bayern keinerlei ›Gewaltbereitschaft‹ (…) zuzuschreiben ist, weicht auch hier der Verfassungsschutzbericht 2011 auf die Bundesebene aus und behauptet einfach, der Bundesvorsitzende Fink befürworte eine ›Zusammenarbeit der VVN-BdA mit gewaltorientierten autonomen Gruppen‹ (S. 216). Die als Beleg angeführte Interviewpassage plädiert jedoch nur für breite Bündnisse, wenn es darum geht, sich den Nazis in den Weg zu stellen; von ›Gewaltorientierung‹ keine Spur. Auch den Hintergrund des Interviews verschweigt das Innenministerium: die Kriminalisierung von Nazigegnern, die das Recht des zivilen Ungehorsams zur Blockade des Naziaufmarsches in Dresden 2011 beanspruchen. Durch das breite Engagement war es Zehntausenden von engagierten Bürgerinnen und Bürgern gelungen – unter ihnen auch der Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse – den Naziaufmarsch mit friedlichen Mitteln zu verhindern.«

Die vollständige Erklärung der VVN-BdA Bayern kann im Internet aufgerufen und heruntergeladen werden unter

www.bayern.vvn-bda.de

Die Spuren des Grauens

Dokumentation der bayerischen KZ-Friedhöfe und -Gedenkstätten

Eine 438 Seiten starke Dokumentation »KZ-Friedhöfe und -Gedenkstätten in Bayern« hat 2011 die Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen herausgegeben. Die Betreuung der KZ-Gedenkstätten Dachau und Flossenbürg mit den ausgedehnten Friedhofsanlagen obliegt seit 2004 der Stiftung Bayerische Gedenkstätten. 75 kleinere Friedhöfe, Grab- und Gedenkstätten betreut heute noch die Schlösserverwaltung. In ihrem Auftrag haben die Historikerinnen Dr. Constanze Werner und Brigitte Bruns den Bestand detailliert erfasst und seine Geschichte erforscht. Darauf aufbauend hat Constanze Werner die Dokumentation erstellt und eine Einleitung dazu verfasst.

Unter dem Titel »Die Todesmärsche und -transporte in Bayern. Itinerare des Grauens« (Wege des Grauens) beschreibt Werner die Situation Ende 1944, als die Nazis mit dem Vorrücken der alliierten Truppen, insbesondere der Roten Armee, immer mehr KZ »evakuierten«.

Die Häftlinge wurden in zum Teil wochenlangen Fußmärschen und Eisenbahntransporten quer durch



Mahnmal für die 16 Opfer der Penzberger Mordnacht vom 28. April 1945 *Bild: -ele-*

halb Europa getrieben. »Etwa 700 000 Häftlinge waren zu diesem Zeitpunkt in den KZ-Haupt- und Nebenlagern eingesperrt und von den Deportationen betroffen, ca. 200 000 von ihnen starben – auf den sogenannten Todesmärschen als Einzelne, wegen Fluchtversuchen oder Erschöpfung ermordet, bei Massakern zu Dutzenden hingerichtet, während der Gütertransporte erfroren, verdurstet oder verhungert, an Krankheiten oder Erschöpfung gestorben, durch Fliegerangriffe umgekommen oder auch bereits bei der Auflösung der Lager wegen Transportunfähigkeit ermordet.«

So fasst die Autorin in der Einleitung zusammen, was sie dann im Einzelnen beschreibt. »In den betroffenen bayerischen Regionen hinterließen die Leichname der Todesmarschopfer eine Spur den Grauens«, konstatiert sie. Mit der Untersuchung der Routen und Abläufe der einzelnen Todesmärsche in Bayern hatte bereits im Frühjahr 1945 der alliierte Suchdienst begonnen. Bis Sommer 1947 wurden 97 Routen recherchiert. Die VVN hatte schon 1946 bei den bayerischen Landräten eine Umfrage zu den Todesmärschen gestartet, ergänzt durch Befragungen und Berichte von Todesmarschüberlebenden.

Die KZ-Friedhöfe sowie Grab- und Gedenkstätten werden in der Dokumentation ausführlich beschrieben, mit historischem Hintergrund, der Geschichte der Grabstätte, Angaben zu den Bestatteten, einem Straßenplan, wo man sie findet, und einem Foto. Das wird ergänzt durch Gräberlisten mit dem Namen, Beruf, Geburtstag und -ort sowie Todestag und -ort von rund 4000 NS-Opfern. **Die Dokumentation ist im Verlag Schnell und Steiner erschienen und kostet 49,95 Euro.** *–ele-*

Wir gratulieren…

… natürlich allen unseren »Geburtstagskindern«. Sie sämtlich aufzuführen, würde allerdings den Rahmen unserer *»antifa«* sprengen. Stellvertretend seien deshalb hier die Kameradinnen und Kameraden zwischen 60 und 80 genannt, die einen »runden« Geburtstag haben bzw. hatten – und alle über 80. Herzlichen Glückwunsch!

Mai

Hans Besold, Unterhaching, 89 Jahre; Martin Löwenberg, München, 87 Jahre; Eva Sengle, Füssen, 84 Jahre; Inge Bräuhauser, München, 81 Jahre; Eckhard Blum, Traunreut, 75 Jahre; Manfred Kastner, Nürnberg, 65 Jahre; Elisabeth Hinzer, Oberasbach, 60 Jahre; Michael Kettner, Neuburg, 60 Jahre.

Juni

Hans Taschner, Inning-Schlagenhofen, 101 Jahre; Berta Raab, München, 82 Jahre; Helmut Steuerwald, Nürnberg, 82 Jahre; Rita Grünauer, München, 70 Jahre; Günter Pierdzig, Bamberg, 65 Jahre; Günter Stahlhacke, Ebern-Jessendorf, 65 Jahre; Wolfgang Böhm, Regensburg, 65 Jahre; Günther Schachner, Peiting, 60 Jahre.

Neonazi-Strukturen

Dokumentation zu Mittel- und Oberfranken

**Es gibt eine interessante, ganz aktuelle Broschüren-Neuerscheinung, die Nazigegner kennen sollten:
»SoKo Kesselfleisch: Strukturen der Neonazis und extrem Rechten in Mittel- und Oberfranken und der Widerstand dagegen«. Herausgegeben von: Argumente – Netzwerk antirassistischer Bildung e.V. Berlin 2012.**

Auf 96 Seiten sind die Aktivitäten der extremen Rechten und der rechten Grauzone in Franken, sowie der zivile Widerstand dagegen zusammengefasst. Der behandelte Zeitraum umfasst die Jahre 2006 bis Jahresende 2011. Die umfangreiche Broschüre wurde ehrenamtlich von der »SoKo Kesselfleisch« erstellt. Diese Namensgebung wurde inspiriert von der Gräfenberger Blockade gegen einen Naziaufmarsch am 25. Juli 2008, bei der zahlreiche Demonstrantinnen und Demonstranten über längere Zeit von der Polizei eingekesselt worden waren. Bei der darauf folgenden Anti-Nazi-Protestaktion in Gräfenberg wurde Kesselfleisch serviert.

Die Broschüre kann zum Preis von 6 Euro (plus Versandkosten) auch in höherer Anzahl bestellt werden bei: sokokesselfleisch@yahoo.de

Günther Pierdzig



Spenden für die VVN-BdA Bayern
Wie immer freuen wir uns über Spenden für die Arbeit unserer bayerischen VVN-BdA. Unser Konto: VVN-BdA Bayern, Postbank München, 10532-807, BLZ 700 100 80

Wichtiger Hinweis: Bitte immer daran denken: Adressen- oder Kontenänderungen mitteilen!

Redaktion: Ernst Antoni
VVN-BdA Bayern, Frauenlobstr. 24, 80337 München, Tel 089/53 17 86, Fax: 089/53 89 464, Mail: lv-bayern@vvn-bda.de

Von den Ludendorffern zum Nahtzhof

Völkisches Treffen blieb nicht unbeachtet

Seit vielen Jahren treiben die »Ludendorffe« am Karfreitag in Dorfmark ihr Unwesen. Zuerst blieben sie unbemerkt, inzwischen aber stellt sich dem »völkischen Brauchtums-Treffen« ein breites Bündnis von kirchlichen Vertretern über Juso-Gruppen, Grünen und Linken bis hin zu Gewerkschaften und VVN-BdA entgegen. Oft von Dorfmarkern angepöbelt, zogen bald immer mehr Menschen durch das beschauliche Heidedorf. In diesem Jahr am 6. April 2012 waren es immerhin etwa 220 Personen.

General Erich Ludendorff (1865-1937) war Generalstabschef im Ersten Weltkrieg und zusammen mit Hindenburg faktisch Militärdiktator. 1923 nahm er nicht nur am Hitlerputsch in München teil, sondern forderte auch, für künftige Kriegsvorbereitungen Deutschland „judenrein" zu machen. 1925 war er Reichspräsidentenkandidat der NSDAP. Nach Ludendorff ist der völkisch-religiöse „Bund für deutsche Gotterkenntnis" benannt, der schon in der Nazizeit existierte, 1945 verboten wurde und dennoch sein Treiben bis heute fortsetzen darf.

Aber kaum dort, ereilte uns die Nachricht, dass die Nazis sich im Raum Hannover zu einem sogenannten »Solitreffen« für inhaftierte Gesinnungsfreunde treffen wollten. Es verdichtete sich das Gerücht, das dann auch im Internet bestätigt wurde, dass es sich um den Nahtzhof in Eschede handelte.



Transparent am Wegesrand in Eschede *Foto: Kirsten Dieckmann*

Also erfolgte unser Aufbruch nach Eschede. Dort trafen während der ganzen Zeit »Gäste« zum Nahtzhof ein. Unsere freundlichen Beschützer von der Polizei stellten ihre Fahrzeuge an der Einfahrt zum Finkenberg, beiderseitig des Weges auf, um so ein zu forsches Einbiegen zu erschweren. Dieses Lob ist ehrlich gemeint.

Die Cellesche Zeitung war anwesend, ebenso kam der NDR vorbei, der vorher schon in Dorfmark war, auch der Unterlüßer Pastor Winnfried Mannecke, der ganz aktiv im Netzwerk gegen Nazis in der Heide ist, nahm am Protest teil.

Klaus Meier

Bergen-Belsen 2012

Russischer Botschaftssekretär dankt deutschen Antifaschisten

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum Jahrestag der Befreiung des KZs Bergen-Belsen im April 1945 führte die VVN-BdA Niedersachsen wieder ihre traditionelle Gedenkveranstaltung am Mahnmal Hörsten auf dem Gelände des ehemaligen Stalag 311 durch. Über 20 000 ermordete sowjetische Kriegsgefangene fanden hier ihre Ruhestätte.

Die Landessprecherin Mechthild Hartung wies zu Beginn darauf hin, dass am Mahnmal dies mal auch Kränze der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten und des Landes Niedersachsen liegen. Das war nicht immer so. Viele Jahrzehnte gedachten ausschließlich die VVN-BdA und die Gewerkschaften der toten Sowjetsoldaten. Die Rednerin erinnerte dankbar an die verstorbene Kameradin Gertrud Schröter, ohne deren rastloses jahrzehntelanges Bemühen diese Gedenkstätte nicht ihr heutiges würdiges Aussehen hätte.

Als Hauptredner hatte die VVN-BdA in diesem Jahr den Ersten Botschaftssekretär der Botschaft der Russischen Föderation, Wladimir V. Kukin, gewinnen können, der auch das Büro für Kriegsgräberfürsorge und Gedenkarbeit an der Botschaft leitet. Herr Kukin dankte sichtlich bewegt der VVN-BdA für die Ausrichtung der würdigen Gedenkfeier. Auch 67 Jahre nach dem Sieg über den faschistischen Aggressor seien die Leiden des Krieges in Russland nicht vergessen. Aber gerade deswegen wollten die russischen Menschen in Frieden und Eintracht mit ihren Nachbarvölkern leben.

Dafür seien Gedenken und würdige Pflege der Kriegsgräber zwar nicht das einzige, aber ein wichtiges und unersetzliches Mittel, und deswegen habe er die Einladung der VVN-BdA gerne angenommen. Besonders freue ihn persönlich, dass er in der Runde so viele junge Menschen sehe, denn sie seien diejenigen, die gute Nachbarschaft und Friedenssicherung im gemeinsamen Haus Europa in die Zukunft tragen müssen.

Diesen Gedanken der Friedenssicherung nahm Mira Ball, Gewerkschaftssekretärin bei ver.di, in ihrem anschließenden Beitrag auf. Für sie als junge Gewerkschafterin sei Antifaschismus und der Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit notweniger Bestandteil ihres gewerkschaftlichen Engagements. Die jüngsten Nazi-Mordtaten und das Treiben der Neonazi-Szene auch im Raum Celle/Lüneburg zeigten, wie bitter notwendig das sei.



Wladimir V. Kukin, 1. Botschaftssekretär, Botschaft der Russischen Föderation, Berlin *Foto: Alfred Hartung*

Ein Höhepunkt der Gedenkfeier war der Beitrag von Jugendlichen des Internationalen Workcamps Bergen-Belsen. Sie berichteten davon, wie sie die Geschichtsarbeit in der Gedenkstätte mit aktivem Einsatz gegen den heutigen Rassismus und Neofaschismus verbunden haben. Als Dank bekam jede/r Jugendliche ein Exemplar des Essays »Empört Euch!« des ehemaligen französischen Widerstandskämpfers Stéphane Hessel überreicht. Ein durchaus wörtlich gemeintes Geschenk, das auch so verstanden wurde.

Musikalisch wurde die Gedenkfeier von Inge Scharna, Agnes Hasenjäger, Jörg Teichfischer und Frank Dargus mit Querflöte, Gitarre und Gesang begleitet. Lieder wie beispielsweise »Meinst Du die Russen wollen Krieg?« von Jewgeni Jewtuschenko, »Der heilige Krieg« von Wassili Lebedew-Kumatsch und »Unsterbliche Opfer« von W.G. Archangelski, teilweise auf russisch vorgetragen, brachten die Stimmung dieser würdigen Gedenkfeier wunderbar zum Ausdruck.

Alfred Hartung

Hannover Ahlem

25 Jahre »Bürger gestalten ein Mahnmal«

In diesem Jahr hatte die traditionelle Gedenkfeier am 10. April zum Jahrestag der Befreiung des KZ Ahlem eine besondere Bedeutung: Seit 25 Jahren ist die Arbeitsgemeinschaft »Bürger gestalten ein Mahnmal« aktiv. Sie hatte die politischen Gremien des Stadtbezirks und der Landeshauptstadt von der Notwendigkeit der Errichtung eines Mahnmals an dem Ort des Grauens überzeugt, an dem in der Zeit von 1944 bis 1945 u.a. Häftlinge des KZ Neuengamme geschunden wurden, um Teile der Rüstungsproduktion der Conti-Werke in einen Asphaltstollen zu verlagern.

Der Arbeitsgemeinschaft gelang eine eindrucksvolle Installation. Nach deren Fertigstellung führte sie regelmäßige Gedenkstunden mit ökumenischen Gottesdiensten – auch zusammen mit einer benachbarten Schule - durch.

Dieses Mal wurde nach Gedenkstunde zu einem Treffen in das benachbarte »Mädchenhaus« der Israelitischen Gartenbauschule Ahlem eingeladen.

Vertreter des Kulturamtes der Landeshauptstadt gab einen Überblick über die Entstehung des Mahnmals.

Danach erhielt ein Vertreter der VVN-BdA Gelegenheit, an den verstorbenen Zeitzeugen Kurt Baumgarte zu erinnern, der schon vor der Gründung der Arbeitsgemeinschaft öffentlich auf die Geschichte des Lagers Ahlem aufmerksam gemacht hatte. ***Rwk***



Ruth Gröne spricht

In memoriam Kurt Baumgarte

Am 22. April wäre unser Gründungs- und Ehrenmitglied, der Kamerad Kurt Baumgarte, 100 Jahre alt geworden.



Kurt und Emmi Baumgarte 2003

Wegen seiner antifaschistischen Widerstandsarbeit war er 1934 verhaftet und zu einer 15-jährigen Zuchthausstrafe verurteilt worden, die er unter oft barbarischen Haftbedingungen bis zu seiner Befreiung durch alliierte Truppen verbüßte. Sofort nach seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Hannover beteiligte er sich am Aufbau der KPD, die er in der Verfassungsgebenden Versammlung für das Land Niedersachsen vertrat. Nach dem Verbot der KPD wurde er 1965 erneut verhaftet und 1966 als »unbelehrbarer Wiederholungstäter« für 22 Monate ins Gefängnis geschickt. Das Urteil sprach die berüchtigte politische Strafkammer des Landgerichts Lüneburg, an der zahlreiche »bewährte« Nazirichter und -Staatsanwälte tätig waren. Auch später war Kurt als Antifaschist aktiv. Schon 1979 machte er mit einer Flugblattaktion in seinem Stadtteil auf die Geschichte des Konzentrationslagers Ahlem aufmerksam. Kurt Baumgarte verstarb am 21. Juli 2006. ***rwk***

Erinnerung an den Spanischen Krieg

Eine Ausstellung »Umkämpfte Vergangenheit – Die Erinnerung an den Spanischen Bürgerkrieg und den Franquismus«, ist bis zum

18. Mai 2012 im Schloß der Universität Osnabrück (Neuer Graben 29, 2. Etage) zu sehen.

Geöffnet: Mo-Fr von 8.00 bis 22.00 Uhr, Sa von 8.00 bis 14.00 Uhr.



Der Verein Spurensuche Harzregion präsentiert:

Buch zur Geschichte der Goslarer Firmen in der NS-Zeit

Der Verein Spurensuche Harzregion e.V. hat nach über 13-jährigen Recherchen in seiner Reihe »Spuren Harzer Zeitgeschichte« den Band 5 zum Thema der lange verdrängten NS-Zeit in der Firmengeschichte der Fa. Gebrüder Borchers/H.C. Starck veröffentlicht. Damit liegt erstmals eine zusammenhängende Aufbereitung dieser Zeit für den »größten Goslarer Arbeitgeber« vor. Die Autoren Dr. Friedhart Knolle, Goslar, und Dr. Peter Schyga, Hannover, zeichnen die Firmengeschichte dieser Zeit anhand von Originaldokumenten nach, um ein Bild der Firmenpolitik in ihren wesentlichen Aspekten von Umweltgeschichte, NS-Rüstungsproduktion und -forschung sowie Zwangsarbeit zu zeichnen.

1807 in Goslar unter dem Namen »Chemische und Farbenfabrik« als Familienunternehmen gegründet, gewann die Firma Borchers bald überregionale Bedeutung. Im Zweiten Weltkrieg waren Gebr. Borchers/H.C. Starck mit ihrer Produktion von Pflanzenschutzmitteln auf Arsenbasis, organischen Pflanzenschutzmitteln und Stahlveredlern wichtige Rüstungsbetriebe. Die Firma H.C. Starck war zunächst nicht zur Zusammenarbeit bereit und wollte sich zum Thema Zwangsarbeit grundsätzlich nicht äußern. Später sagte die Firma zu, sie werde ihre Rolle in der NS-Zeit untersuchen lassen. Doch erst Ende 2010 öffnete sich die Firma – nach Eigentümer- und Personalwechseln war ein neuer guter Wille spürbar. ***US***

Gebr. Borchers/H. C. Starck in der NS-Zeit – Umweltgeschichte, Rüstungsproduktion und -forschung, Zwangsarbeit. 85 S. 10,- €. Verlag Papierflieger, Clausthal-Zellerfeld, ISBN 978-3-86948-184-5.

Impressum:

Artikel und Fotos (in hoher Auflösung) für die *antifa* bitte bis zum 8. in geraden Monaten immer an

mtb-niedersachsen@vvn-bda.de
VVN-BdA Landesvereinigung Niedersachsen e.V.
Rolandstr. 16,
30161 Hannover,
Tel.: 0511-331136,
FAX: 0511-3360221,
E-Mail:
niedersachsen@vvn-bda.de

Wir würden uns über Spenden für die Arbeit unserer Landesvereinigung auf das Konto mit der Nr. 7510-307 bei der Postbank Hannover BLZ 250 100 30 sehr freuen.

Wenn Ihr weiterhin Informationen der VVN-BdA erhalten wollt, teilt uns bitte nach einem Umzug o.ä. Eure neue Adresse mit, Danke!

Redaktion: Michael Rose-Gille